

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 289.

Donnerstag, den 10. Dezember 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Not des Winters.

Winter! — schon das Wort ist geeignet, bei Hunderttausenden von Arbeitern Schrecken hervorzurufen, denn es bedeutet für sie die regelmäßige, alljährliche Wiederkehr der Arbeitslosigkeit, mit Entbehrungen, Hunger, Sorgen, Elend im Gefolge. Wenn der Winter gekommen ist, die Kälte alle Arbeiten im Freien unmöglich macht, die ganze Bauwirtschaft ruht, dann beginnt eine Leidenszeit für Hunderttausende von Männern und Frauen und Kindern aus der Arbeiterklasse, die nur der in seiner ganzen Schrecklichkeit zu begreifen vermag, der es einmal selbst erlebt hat, der einmal wochenlang im Winter ohne Verdienst war, hungernd, frierend und die Frau und die armen Kinder hungern und frieren sehen mußte? Und dies noch dazu im Winter, wo der Lebensbedarf ein größerer ist als in anderen Jahreszeiten, wo der Körper eine erhöhte Nahrungszufuhr gebraucht, sich eine bessere Kleidung notwendig macht und vor allem die Erwärmung der Wohnung große Anforderungen stellt! Wenn die Besitzenden ihre glänzenden und verschwenderischen Feste feiern, abendlich Bälle und Konzerte und Theater und „Wohltätigkeitsfeste“ eine „distinguierte“ Gesellschaft vereinigen, wo eine einzelne Person an einem Abend mehr für die Toilette verschwendet, als ein Arbeiter mit seiner Familie Wochen und Monate zu leben hat — in dieser Zeit ist das Elend am größten. Da hungern und darben viele Tausende von braven Arbeitern, herrschen Sorgen und bitterste Not in unzähligen Arbeiterfamilien, die ihre Hände zur Arbeit anbieten, aber keine Beschäftigung, keinen Verdienst finden können.

Dieser Zustand besteht alljährlich, auch in den Zeiten des glänzendsten Geschäftsganges, des höchsten industriellen Aufschwunges. In diesem Winter aber kommen die Opfer der Krisis noch hinzu, die Zahl der Arbeitslosen, der Darbenden, der Hungernden ist Legion! Aber nicht einmal zur Verhinderung der Leiden, welche die regelmäßig auftretende Arbeitslosigkeit verursacht, bestehen sozialpolitische Einrichtungen. Außer den kleinen Unterstützungen, welche einige Gewerkschaften an ihre Mitglieder zahlen können, gibt es für die Arbeitslosen heute keine andere Hilfe als die — kärgliche Armenunterstützung!

Die regelmäßig im Winter auftretende Arbeitslosigkeit betrifft vor allem alle Berufe, die von der Bauwirtschaft mehr oder weniger abhängig sind; Maurer, Zimmerleute, Bautischler, Bauschlosser, Tapezierer, Dekorationsmaler, Erdarbeiter usw. Die Geschäftstrocknung im Baugewerbe ist nicht immer die Folge einer Krisis, der kapitalistischen Produktionsweise entspringen, sondern oft nur durch die Witterungsverhältnisse hervorgerufen. Aber dennoch sind die Arbeitslosigkeit und vor allem die Leiden der Arbeitslosen die Folgen der kapitalistischen Produktionsweise. Früher waren die Arbeiten im Baugewerbe nicht so spezialisiert wie heute, die Gebäude wurden auch nicht in so kurzer Zeit fertiggestellt, im Winter gab es für alle Bauarbeiter viele Arbeiten in der Werkstätte, die heute in Spezialbetrieben hergestellt werden, und schließlich waren besonders die Bauhandwerker sehr lange im Besitze der Produktionsmittel, sie wurden alle selbst Meister und verdienten im Sommer so viel, daß sie im Winter einige Wochen zusehen konnten, zumal sie auch fast alle — wie die anderen Handwerker auch — Vieh und Feld besaßen und es ihnen jedenfalls nicht an Nahrungsmitteln fehlte. Heute ist dies alles anders! Die Arbeiter der Bauberufe sind Lohnarbeiter in großkapitalistischen Betrieben, ihr Lohn reicht kaum hin, das nackte Leben zu fristen zu können; kommt der Winter, werden sie auf die Straße geweht und sie sehen sich von allen Mitteln zum Lebensunterhalt entblößt. Man hat gesagt, die regelmäßige Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter mache eine einheitliche Arbeitslosenversicherung unmöglich. Aber gerade diese regelmäßig, mit Sicherheit in bestimmter Jahreszeit auftretende Arbeitslosigkeit in bestimmten Berufen zeigt die Wege, auf denen sich eine allgemeine Arbeitslosenversicherung vollzieht. Die Organisation einer Arbeitslosenversicherung muß nach Berufen eingeteilt und geregelt werden. Zweifellos liegt ja auch in der Ausbildung der Gewerkschaften das Mittel, innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft die Leiden der Arbeitslosigkeit zu mildern. Anlässlich der Aussperrung der Arbeiter in der Lancashire Baumwollindustrie ging durch einen Teil der freimütigen Presse in Deutschland ein Artikel, in dem es hieß: „Die Arbeiter der Lancashire Baumwollindustrie sind an sich keine Proletarier. Sie verdienen bis zu 70 Mk. die Woche... Sie besitzen meistens ihr eigenes Häuschen mit einem Stückchen Land und ein Guthaben bei Konsumvereinen

und anderen Gesellschaften. Ebenso gehören ihre Gewerkschaften zu den gediegensten und reichsten des Landes. Die Aussperrungsunterstützung für Familien... beträgt bis zu 30 Schilling die Woche und die vorhandenen Gelder — eine Gewerkschaft allein verfügt über annähernd 15 Millionen Mark — reichen aus, um über ein halbes Jahr lang diese Unterstützung glatt auszugeben.“ Wir führen das nur an, um zu zeigen, was gute Organisationen — Gewerkschaften, Genossenschaften usw. — zu erreichen vermögen, um ihre Mitglieder vor der Not zu schützen, nicht nur bei Lohnkämpfen, sondern auch bei Arbeitslosigkeit überhaupt. Aber die Vorbedingungen hierzu sind hohe Löhne, und diese müssen zuerst erkämpft werden!

Isolierte Menschen hat es nie gegeben, das menschliche Leben regelte sich stets in geschlossenen Gruppen, in Organisationen. Der mittelalterliche Handwerker war nur möglich als Glied seiner Gilde, die ihm seine Existenz ermöglichte, ihn beschützte, ihm das Rohmaterial beschaffte und vielfach für Abzug seiner Arbeiten sorgte, mit der er in den Kampf zog und in die allgemeine Versammlung. Heute ist die Gesellschaft in die Klasse der Kapitalisten und die der Lohnarbeiter streng geschieden, die beiden Klassen stehen sich mit entgegengesetzten Interessen feindlich gegenüber und die Organisationen bilden sich nach dieser Klassenscheidung. Nur in festen Organisationen finden die Arbeiter die Garantien ihrer Lebensrisiken, nur im Ausbau dieser Organisationen liegt die Sicherheit für die Zukunft. Ohne die Arbeiterorganisationen wären die Arbeiterversicherungsgeetze nicht denkbar oder sie würden nur auf dem Papier stehen. Eine Arbeitslosenunterstützung aber muß ganz und gar auf den beruflichen Organisationen der Arbeiter aufgebaut werden. Dies verlangt besonders die regelmäßige und eigenartige Arbeitslosigkeit in bestimmten Berufen und zu gewissen Jahreszeiten. Die einigermäßen genügende Unterstützung der Arbeitslosen aus eigenen Mitteln ist aber den Gewerkschaften heute unmöglich, weil der Lohn der Arbeiter noch zu gering ist, um die hohen Kosten einer Arbeitslosenversicherung allein aufbringen zu können, zumal für die Arbeitslosigkeit einer Krisis, wie heute, die in einer kapitalistischen Gesellschaft in bestimmten Abschnitten immer wiederkehrt, und wo Hunderttausende brotlos, für die viele Millionen erforderlich sind, wenn auch nur der dringendsten Not gesteuert werden soll. Deshalb ist es aber die Pflicht der Gesellschaft, aus allgemeinen Mitteln den Organisationen der Arbeiter Gelder zur Unterstützung ihrer arbeitslosen Mitglieder und Berufsgenossen zur Verfügung zu stellen, besonders nachdem erkannt ist, daß dies der gangbarste Weg zu einer Arbeitslosenversicherung ist. Nach dieser Richtung entwickelt sich ja auch in verschiedenen Ländern eine Arbeitslosenversicherung nach dem sogenannten Genter System. In Belgien gab es 1907 bereits 14 kommunale Fonds, denen 27 Gemeinden angehörten und 284 Berufsorganisationen angegliedert waren, welche Unterstützungen für ihre Mitglieder aus den Fonds erhielten. Auch die Provinzen haben Arbeitslosenkassen gegründet, aus denen wieder die Gemeinden Zuschüsse zur Unterstützung der Arbeitslosen erhalten. In England bestehen nach dem Gesetz von 1905 nur Arbeitslosenkomitees, deren es 1907 in London 29, in der Provinz 88 gab und die sich wesentlich mit Arbeitsvermittlung beschäftigten. In Deutschland hat erst Straßburg mit dem Genter System begonnen. Alles aber, was auf diesem Gebiete der Sozialpolitik bereits besteht, sind erst winzige Anfänge, welche in der jetzigen Krisis völlig bedeutungslos blieben. Aber sie zeigten alle den Weg, auf dem die Frage der Arbeitslosenversicherung zu regeln ist.

Die Arbeitslosigkeit als Massenerscheinung ist auf das engste mit der kapitalistischen Produktionsweise verknüpft. Und sie tritt auch nicht nur in den Zeiten der Krisis, sondern auch regelmäßig im Jahre einmal, im Winter, in bestimmten Berufen auf, Hunderttausende von Arbeitern haben ihr ganzes Leben alljährlich unter ihr zu leiden. Eine Gesellschaft, welche nicht instande ist, diese furchtbaren Leiden zu beseitigen oder auch nur wesentlich zu mildern, hat keine Existenzberechtigung. Und so lange die Herrschenden den sich bietenden Weg zur Arbeitslosenunterstützung nicht betreten wollen, zeigen sie, daß ihnen die größten Leiden des Volkes gleichgültig sind. Die Hoffnung der Arbeiter für die Zukunft aber liegt auf alle Fälle in dem Ausbau ihrer Organisationen, nur durch sie, nur mit den Organisationen gelingt es den Arbeitern, höher zu steigen, ihre Existenz zu sichern und schließlich auch die Gesetzgebung sich nutzbar zu machen, die Leiden der Arbeitslosigkeit zu mildern und ganz zu beseitigen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Viertelmilliardengeschäft für die Einzelstaaten.

Als das Deutsche Reich gegründet wurde, waren seine Einnahmen aus den Betriebsüberschüssen aus Post und Telegraphie und den Zöllen und Steuern keine derartigen, daß es damit hätte auskommen können. Wie der Norddeutsche Bund auf Zuschüsse der Einzelstaaten angewiesen war, so auch das neugegründete Deutsche Reich. Während der Jahre 1872 bis 1879 betrug diese Zuschüsse, die sog. Matrikularbeiträge, zwischen 51 und 82 Millionen Mark jährlich.

Im Jahre 1879 begann dann Bismarck seinen systematischen Ausbau der indirekten Besteuerung. Das Zentrum setzte damals die sog. „Frankensteinische Klausel“ durch, wonach ein bestimmter Teil der Zölle und Steuern des Reichs den Einzelstaaten überwiesen wurde. Was das Reich dann noch brauche, sollte ihm jährlich vom Reichstag bewilligt werden, und zwar unter Fortbestand der Zuschusspflicht der Bundesstaaten in Gestalt der Matrikularbeiträge.

Das System der Überweisungen bestimmter indirekter Reichssteuern an die Einzelstaaten gestaltete sich bald zu einem guten Geschäft für diese. Während in den Jahren 1880 bis 1882 die Matrikularbeiträge rapid sanken, von 64 Millionen auf 1 1/2 Millionen, traten 1883 bis 1892 an die Stelle der Zuschüsse der Bundesstaaten an das Reich infolge des Überweisungssystems umgekehrt bedeutende Zuschüsse des Reichs an die Bundesstaaten, die bis zu 66, 70, 77 und 139 Millionen im Jahre betrugen! Nach zweijähriger Unterbrechung überstiegen dann abermals während der Jahre 1894—1897 die Überweisungen die Matrikularbeiträge um 12—17 Millionen jährlich. Erst dann begannen wieder die mageren Jahre für die Einzelstaaten, die sich jetzt infolge der kolossal wachsenden Ausgaben für Heer und Marine trotz der riesenhaften Überweisungen von 5—600 Millionen wieder zu Zuschüssen bequemen mußten. Jetzt fand man auf einmal das System des nutzlosen Hinüber- und Herüber-schreibens der Beträge überflüssig und reduzierte die Überweisungssteuern 1903 von 556 auf 190 Millionen. Aber die Ausgaben für die famose Weltpolitik wuchsen weiter, und die Matrikularbeiträge erreichten schließlich trotz der 150 Millionen neuer Steuern der „Finanzreform“ von 1906 die enorme Höhe von 122 Millionen.

Und die Einzelstaaten, die im Jahre 1889 den Reichszuschuß von gar 139 Millionen ruhig eingestakt hatten, blieben jetzt seit 1906 zirka 242 Millionen Matrikularbeiträge schuldig! Solange ihnen das Überweisungssystem Vorteile brachte, öffneten sie ihre Taschen; jetzt, wo sie auch einmal anständige Zuschüsse leisten sollen, wollen sie ihren Gläubiger, das Reich, um seine Forderungen pressen!

Berechnen wir seit 1879 alle Überweisungen und Matrikularbeiträge, so ergibt sich, daß die Einzelstaaten bisher nicht nur keinen einzigen Pfennig Matrikularbeiträge geleistet, sondern im Gegenteil noch 50 Millionen eingestakt haben! Und jetzt wollen sie eine weitere Viertelmilliarde durch Übernahme ihrer „gestundeten“ Matrikularbeiträge auf das Reich geschickt haben!

Und der Reichsfinanzsekretär Sydow will nicht nur das Viertelmilliardengeschäft gewähren, sondern er will auch durch eine Fixierung der künftigen Matrikularbeiträge auf ein kärgliches Minimum späteren Drückbergereien der Einzelstaaten Vorhub leisten!

Die Volksvertreter des Reichs und der Einzelstaaten haben alle Ursache, dem dreisten Expansionsversuch in der schärfsten Weise entgegenzutreten!

Die Wirkung der Anzeigensteuer.

Dem Organ des Deutschen Steinbruckerwerkes ist aus Fachkreisen eine Zuschrift zugegangen, in der eine große Firma die Kosten dieser Steuer und ihre Wirkung einer Betrachtung unterzieht. Die Firma stellt Reklaméplakate her und klagt darüber, daß seit dem Bekanntwerden der geplanten Steuer die Aufträge nahezu vollständig ausgeblieben seien. Wenigfarbige Plakate in großem Format, die einen Herstellungswert von 15 Bq. haben, werden mit einer Steuer von 21 Bq. belegt. Die ganze Geschäftswelt lehnt es ab, neue Plakate herstellen zu lassen, so daß die damit besetzten Betriebe schon jetzt auf das empfindlichste geschädigt sind.

Soldaten als Transportarbeiter.

Die Versuchsabteilung der Berkestruppen wird künftig Heeresautomobile auch an Private verleihen, da-

mit dieser Gelegenheit haben, sich über den Nutzen und die Wirtschaftlichkeit des Kraftwagenbetriebes ein eigenes Urteil zu bilden. Die Bedienung der verlassenen Kraftwagen erfolgt durch Soldaten, die von den Verkehrstruppen abkommandiert werden. Der Entleiher des Kraftwagens hat die gesamten Kosten zu tragen, u. a. muß er die Kommando-Zulagen bezahlen, und zwar für den Unteroffizier 1,50 Mk. täglich, für den Wagenführer 1 Mk., für den Begleitmann 70 Pf. Warentransporte innerhalb der Städte sind ausgeschlossen. Erleiden die Soldaten bei diesem Dienste einen Unfall, so trägt die Heeresverwaltung die dadurch entstehenden Kosten. Die Verletzung soll nur auf kürzere Zeit erfolgen.

Es wäre entschieden besser, wenn die Firmen, die solche Kraftwagen benutzen wollen, sich von den Fabriken, die solche Kraftwagen herstellen, einen solchen leihweise geben lassen würden, denn schließlich sind die Heeresautomobile doch nicht dazu da, um in den Dienst privater Unternehmer gestellt zu werden. Noch weniger aber sollen Soldaten dazu verwendet werden, den Transportarbeitern Konkurrenz zu machen.

Arbeiterfortbildung und Blockparade.

Im Reichstag stand am Mittwoch zunächst die dritte Lesung der Gewerbeordnungsnovelle auf der Tagesordnung. In der Pause zwischen zweiter und dritter Lesung war die Verschlechterungsmehrheit durch temporären Beitritt des Zentrums zum Block kompakt geworden, und Erzberger entledigte sich des Auftrages, den Unfall seiner Fraktion als Ausfluß wahrer Arbeiterfreundlichkeit und weiser Staatskunst darzustellen. Im hohen Bunde mit dem Unternehmerkommissar Stresemann, dem konservativen Moralphilosophen Henning und dem alten antisemitischen Spießbürger Hanisch aus Pirna kämpften die freisinnigen Profitwüteriche Manx und Glühner gegen jeden wirklichen Arbeiterchutz, wobei sie die abgestandenen Redensarten der Nachtreter des englischen Manchesterismus zu einem überaus schmerzhaften Räuberzirkel verarbeiteten. Die Genossen Stadthagen, Molkenbühr und Hoch wiesen nach, daß die Sykophanten des Kapitalismus nicht einmal die wahren Interessen des Industrie-Kapitals verstehen, das nur Vorteil von einem wahren und wirklichen Arbeiterschutz hat, und beleuchteten gebührend den ja nun allmählich zu einer stehenden Einrichtung gewordenen Unfall des Zentrums bei dritter Lesung. Der große Ordnungsblock nahm die „liberalen“ Anträge an, die die deutsche Zehnstundenbill in wesentlichen Punkten durchlöchern. Ein Rest von Schamgefühl hielt die meisten Blockgruppen davon ab, nach der Anregung des berühmten Späters Camp die Beratung bis nach Weihnachten zu verschieben, um den Hintertreppentänzler des Scharfmachertums und der Heimarbeitsverleger noch weiteren Einfluß auf die Ausgestaltung oder vielmehr Verhinderung des Arbeiterschutzes zu ermöglichen. So wurde denn, was vom Arbeiterschutze gerettet ist, aus den Krallen der Stresemann, Glühner und Henning, mühsam unter Dach und Fach gebracht und das Haus wandte sich zu ziemlich später Stunde der Fortsetzung der flauen Etatsdebatte zu.

Diese Fortsetzung blieb matt, wie das Vorangegangene. Bülow hatte seinen jungen Mann fürs Innere beauftragt, zur Abwechslung wieder mal eine Blokrede zu halten. Bethmann-Hollweg kam diesem Auftrage nach und erzählte schöne Dinge von der freisinnigen Handhabung des freisinnigen Vereinsgesetzes. Die dicksten Nahrungstrüben rollten an den freisinnigen Wangen herab und von Wimmer bis Kretsch ergriffen die Blockbrüder die laugenbühnliche Gelegenheit, sich einmal wieder im Bravoschreien zu betätigen. Augenfeindlich legen die Ordensritter vom Freisinn Wert darauf, ihre Konzessionspflichtigkeit im Block forzu setzen. Wir wollen sie in diesem Bergnügen nicht stören.

Nach Herrn Behrman kam Kollege Kraetke und entschuldigte sich bei Herrn Camp, daß er auf Reichstagsbeschlüssen im Postreich etwas Sozialpolitik treiben müsse. Und dann kam Herr Schrader und murmelte Unverständliches über die innere und äußere Politik und veranlaßte Herrn Dernberg, dessen Kolonialweste mit ihrer unedelmäßigen Weise von Anfang an die trübe Sitzung erhellt hatte, zu der trübseligen Versicherung, daß er, zu stehen mit den Phantast-Diamanten, keine Schulerbische auf die Walfischbagg geworfen habe. Sodann vertiefte sich das auf ein paar Dugend Köpfe zusammengeschmolzene Haus. Und das nennt sich Staatsdebatte!

Die „Reichsanwaltschaft“ vor der Kommission.

Die Steuerkommission lehnte den Vorschlag der Regierung, die ungedeckten 240 Millionen Mark Matrikularbeiträge auf das Reich zu übernehmen, ab. Die Einzelstaaten müssen 144 Millionen Mark bezahlen.

Außerdem wurde folgender freisinniger Antrag angenommen:

Die veränderten Verhältnisse zu erörtern, zur Erörterung der Frage, wie eine Erweiterung der Leistungsfähigkeit der Einzelstaaten entsprechende Beteiligung der Matrikularbeiträge durchzuführen werden kann, und baldmöglichst geeignete Unterlagen der Kommission für die weitere Beratung des Gesetzesentwurfes, betreffend Änderungen im Finanzwesen, zu unterbreiten.

Die Matrikularbeiträge sind für künftig auf 80 Pfennig pro Kopf der Bevölkerung im Höchstbetrage festgesetzt worden. Darüber, wie der Rest der ungedeckten Matrikularbeiträge in Höhe von 97 Millionen Mark aufgebracht werden soll, sind bestimmte Beschlüsse noch nicht gefaßt.

Ein ostelbischer Schulpalast.

Reizende Schulzustände werden der „Preuß. Lehrerzeitung“ aus Thornisch-Wapau, Kreis Thorn, berichtet. Schon äußerlich macht der Schulpalast den erbärmlichsten Eindruck. Wenn man ihn betritt, so bittet der Lehrer schon im Flur, nur vorsichtig einzutreten, damit man durch die Fußbodendielen des Salons nicht in den Keller versinke, was dem Lehrer tatsächlich passiert ist, als er einst am Schreibtisch lag. Jedoch ein Herr vom Schulvorstand, der Zeuge dieses Vorfalles war, ließ die betreffende Stelle durch ein kleines Brettchen flicken. Der Fußboden ist ganz verfault. Die Wände sind mehrere

Millimeter mit Pilzen bedeckt, die eine ungesunde Luft erzeugen und die Tapete erzeugen, besonders auch im Schlafzimmer. Der Kreisarzt hat bei seinen Revisionen den Unfallsfall in diesen Räumen direkt für gesundheitsgefährlich erklärt, und es ist trotzdem keine Abhilfe geschafft worden. Wozu also ärztliche Schulrevisionen? So oft Regen- oder Tauwetter eintritt, fliehet das Wasser durch das Dach und die Decke in die Zimmer und beschädigt die Sachen. Jeder Beschreibung spottet aber der Raum für die zweite Klasse, der sich als eine kleine Dachkammer, ein Kasten von nicht über zwei Meter Höhe darstellt. Und in einem solchen Raume werden von dem jungen Lehrer täglich gegen 120 Kinder unterrichtet. Durch die Wände kann man die Finger stecken. Das Besteigen einer sogenannten Treppe ist direkt lebensgefährlich. Die Lehrer haben die Hauptpflicht für jegliche Unfälle auf dieser Treppe abgelehnt. Schon seit Jahren unterhandelt man über einen Neubau, aber bis jetzt ohne Erfolg.

Troghem ist auch Ostelbien ein Land der Kulturaufgaben. . .

Die „Interpellationsjacht“.

Die „Konservative Korrespondenz“ regt sich über die große Zahl der Interpellationen im Reichstag auf. Sie schreibt:

Fortwährend wird der Reichstag, der in dieser Session ohnehin vor so zahlreiche und schwierige Aufgaben gestellt ist, daß er alle Zeit und alle Kräfte zusammenschließen muß, um sie zu lösen, mit unnützen Dingen belastet. Da mit neuen Initiativanträgen nicht mehr viel zu machen ist, so lange noch eine unendliche Reihe aus dem alten Bestande unerledigt vorliegt, werden jetzt Interpellationen eingebracht, die vor Vorträgen den Vorteil haben, daß sie sofort zur Verhandlung kommen müssen, wenn der Reichstanzler sich zur Beantwortung bereit erklärt. Man kann die Interpellationsjacht, die besonders von sozialdemokratischer Seite jetzt beliebt wird, nur als eine zwecklose Belästigung des Reichstages bezeichnen. Denn die sozialdemokratische Fraktion hätte sich ihre neueste Interpellation wegen Ausführung des Reichsvereinsgesetzes ersparen können und müssen, da ja bei der Staatsberatung reichlich Gelegenheit ist, derartige Anfragen an die Regierung zu richten. Es sollte also ernstlich darauf hingewirkt werden, daß auf so unangenehme Weise und nur um ein momentanes Agitationsbedürfnis zu befriedigen, die an sich schon so knappe Zeit des Reichstages nicht ferner in Anspruch genommen wird.

Wir verstehen den Unmut der Konservativen über die Interpellationen sehr wohl. Sie fühlen sich am wohlsten, wenn an unangenehme und unbequeme Dinge nicht gerührt wird. Sie werden auch in ihrem Vereins- und Versammlungsrecht nicht durch die Polizeipraxis gestört. Deshalb empfinden sie die eingehende Erörterung der Sache als „unnützlich“ und als „zwecklose Belästigung“. Sie müssen es sich aber wohl oder übel gefallen lassen, daß Empfinden und Bedürfnis in den Volkskreisen andere sind als bei ihnen, und daß diesem Bedürfnis durch entsprechende Interpellationen Rechnung getragen wird. Die Klage über die große Zahl der Interpellationen scheint aber noch den besonderen Zweck zu haben, die Verhandlungen der Geschäftsordnungskommission über das Interpellationsrecht zu beeinflussen.

Eine erlassene Erbschaftsteuer.

Man schreibt dem „Vorwärts“ aus Karlsruhe: Das hiesige Zentrumsblatt teilt mit, daß das Finanzministerium als Berufungsinstanz beschloß, dem katholischen Arbeiterverein Freiburg i. B. auf Grund seiner bei der Steuerdirektion eingereichten Beschwerde gegen die Heranziehung zur Erbschaftsteuer flutzugeben. Der Beschluß der Großh. Steuerdirektion vom 4. November, der die Steuerpflicht des genannten Vereins ausgesprochen hat, wird aufgehoben.

Aus der Hinterlassenschaft des Reichstagsabgeordneten Marbe in Freiburg fielen jenem Zentrums-Arbeiterverein als Erbe 5 Aktien des kathol. Vereinshauses im Nominalbetrage von 1000 Mk., im Steuerwert von 750 Mk. zu. Gegen die reichsgerichtliche Heranziehung zur Erbschaftsteuer wehrte sich der katholische Arbeiterverein mit der Begründung, daß er als ein religiös-liturgisches, soziale Hebung des Arbeiters und die Vereinerung des geselligen Lebens bezweckender Verein eine gesetzliche Befreiung zu beanspruchen habe.

Das Finanzministerium erkennt im Gegensatz zur Steuerdirektion die absolute Reinheit der sittlich-religiösen Ziele an, die hauptsächlich „auf Leute vom gewöhnlichen Volk“ (Vereinsmitglieder) gerichtet sind. Ein an sich nicht gemeinnütziger Vereinszweck werde es dadurch, „daß er lediglich der Förderung der gemeinnützigen Vereinszwecke diene“.

Bei der bekannten Tatsache, daß die katholischen Arbeitervereine Organe des Zentrums und seine tätigen Wahlkörpercharaktere sind, ist diese Entscheidung von symptomatischer Bedeutung. Andere Arbeitervereine, die ihren Zweck ebenfalls auf die sittliche und soziale Hebung jener Staatsbürger richten, welche das hohe Ministerium „gewöhnliches Volk“ zu titulieren geruhen, dürfen beanspruchen, ebenfalls von dieser Entscheidung zu profitieren.

Ostereid-Ungarn.

Ein munteres Regiment. Die Unsicherheit der inneren Verhältnisse des schwarz-geiben Nachbarrreiches und die Folgen der Nationalitäten-Streitigkeiten treten schon in militärischen Disziplinverweigerungen zutage. Eine Meldung aus Ungarn-Bunzlau besagt: Sonnabend abend haben 27 Rekruten des 36. Infanterie-Regiments gemeldet, als sie zu ihrer Truppe nach der Herzegovina einrücken sollten. Bis Bosnischbrod weigerten sie sich, den Zug zu besteigen und drohten, sich mit Gewalt der Einwaggonierung zu widersetzen. Wie der die Abteilung kommandierende Leutnant erzählte, wurde die Abteilung schon beim Abmarsch aus der Heimat von der Bevölkerung aufgefordert, auf die serbischen Brüder nicht zu schießen. Ein aus Slavonisch-Brod herbeigeholtes Bataillon entwarfente die Reiterer, die unter starker Bedeckung nach Sarajewo, der Hauptstadt Bosniens, gebracht wurden. Der Zwischenfall wird die österreichische Regierung veranlassen, die Südgrenzen des Staates erst recht militärisch

zu „sichern“. Die längst geplante Errichtung eines neuen (sechzehnten) Armeekorps für Dalmatien und die Herzegovina mit dem Sitz in Zara wird von unrichtiger militärischer Seite als bevorstehend angekündigt. Das 16. Armeekorps wird den Kristallisationskern einer Armee für Operationen an der montenegrinischen Grenze bilden.

Der „Bester Lloyd“ meldet andererseits wieder aus Catara: In Montenegro wird die Bildung von Banden aus acht bis zehn Mann beschlossen, die in die Herzegovina einfallen, das Land zum Aufruhr bringen, die Verkehrsmittel, Telegraphen und Telephon unbrauchbar machen, insbesondere aber die Posten vergiften sollen. Die bosnisch-herzegowinische Regierung hat hiervon Kenntnis genommen und trifft die nötigen Vorkehrungen. Solinger Waffenfabriken haben erhebliche Waffenaufträge aus Serbien und Bulgarien erhalten. — Trotz aller dieser drohenden Vorbereitungen dürfte es kaum zum Kampfe zwischen den ungleichen Rivalen kommen.

Frankreich.

Der Fall Germinet vor der Kammer. Die Deputiertenkammer nahm mit 355 gegen 142 Stimmen die vom Ministerpräsidenten genehmigte Tagesordnung des Deputierten Grosdubier an, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird, in der Überzeugung, daß sie die Tatkräftigkeit, die Marine-Reformen zu gutem Ende zu führen.

Belgien.

Die Sozialdemokratie und der Weltfrieden. In der Kammer ist in den letzten 14 Tagen der Plan einer durchgreifenden Heeresreform beraten worden. Am Schlusse der Diskussion gab Gen. Royer für die sozialistische Fraktion eine Erklärung ab, in der er sagte: „Unser Ideal, die wir seit langem vertreten, haben sich endlich Geltung verschafft durch das Gewicht ihrer Gründe. Unser Bestreben geht dahin, den Weltfrieden aufrecht zu erhalten und zu befestigen durch die Entfaltung des Geistes der Solidarität. Wir fordern die allgemeine Abrüstung. Dem Zustand der Dinge, wo das Proletariat des einen Landes auf Kommando gegen das andere zu kämpfen hat, muß ein Ende gemacht werden. Und dieses unser Ideal eines allgemeinen Weltfriedens ist nicht so weit entfernt als es scheint. Niemand in diesem Parlament würde es heute noch wagen, aufzustehen und eine Verherrlichung des Krieges anzustimmen. Die Verträge schützen zwar nicht vor dem Krieg, aber eins hat sich geändert: Die Dynastien von heute müssen es sich zweimal überlegen, Kriege zu führen; „ihrer Untertanen“ lassen sich heute nicht mehr so willenslos zur Schlachtbank führen.“

Rußland.

Aus dem Reich des zaristischen Galgens. Nach Depeschen aus Rußland wurden an einem einzigen Tage, nämlich am 8. Dezember, sieben und dreißig Todesurteile gefällt und siebzehn Hinrichtungen vollzogen. — Das grauenhafte Willen des halbbarbarischen Despoten und seiner Verbrecherbande läßt das kultivierte Europa kalt. Mit der russischen Autokratie lassen sich ja so profitable Geld- und Wollgeschäfte machen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 10. Dezember.

Achtung Zimmerer! Über das Geschäft des Zimmermeisters Naumann in Gohorst ist seitens der Rathshalle Stockelsdorf der Zimmerer die Sperre verhängt.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über die Akkordanten (Zwischenmeister) Mädel, Fackenburg Allee Nr. 51, Pabs, Wedderstraße die Sperre verhängt. In Betracht kommen folgende Bauten der Firma Görner u. Heidenreich: Fackenhäuser Nr. 21-23, Grünmühle in der Hafenstraße, Steinbau Marti, Kattenhof bei Schwartau.

Achtung Bauarbeiter! Über die Stelbaurarbeiten in der Marktstraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, ist wegen Nichtinhaltung der tariflichen Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Akkordanten F. Mädel und F. Pabs in Fackenhäuser und über den Bau Hafenstraße (Grünmühle) wegen Entlassung sämtlicher Bauarbeiter verhängt.

Zum Bürgermeister erwählte der Senat für das Jahr 1909 und 1910 den Senator Dr. Eichenburg, der nach dem Tode des Bürgermeisters Dr. Schön für das laufende Jahr mit diesem Amte betraut worden war.

Die Verammlung der Bürgererschaft, welche am Montag, den 14. Dezember 1908 stattfand, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Mitteilungen des Senates. 2. Anträge des Senates: 1. Quittierung des Stadtkassenverwalters für seine Geschäftsführung in den Rechnungsjahren 1904 und 1905, sowie für die Abrechnung des Polizeiamtes für das Rechnungsjahr 1903. 2. Neuordnung der Forstverwaltung. 3. Bericht der Kommission zur Vorprüfung der Eingabe der Witwe Hagenström, betreffend Bewilligung einer Witwen- und Waisenpension. 4. Wiederholte Beratung des Antrages von Wissele betr. Errichtung eines Wächterinnenheimes. 5. Antrag von Stellung: Die Bürgererschaft wolle den Senat ersuchen, den Vertreter Lübecks im Bundesrat zu beauftragen, mit aller Entschiedenheit gegen die geplante Einführung einer Steuer auf Gas und Elektrizität zu wirken.

Der Bürgerausschuß wählte in seiner gestrigen Sitzung zu seinem Wortführer den Staatsanwalt Dr. Vanda; Stellvertreter desselben wurden die Kaufleute B. Hinkeldey und K. Ritter. Ein Antrag, aus der Barrkoppel in Genu ein Areal von etwa 10 000 Quadratmetern Flächeninhalt an die Gebrüder Heinrich und Carl Dechau zum Preise von M. 1,50 pro Quadratmeter zu überlassen, wurde an eine dreigliedrige Kommission verwiesen. Mitgenehmigt wurde ein Senatsantrag, der dahinging, die Beamtenunterstützungskasse um 1000 Mark zu ver stärken, ebenso der Antrag der Baudeputation mit dem Gärtner Anst. Lindenstraße, betr. unentgeltliche Abtretung einer 83 Quadratmeter großen Fläche an den Staat. Zur Mitgenehmigung der Bürgererschaft empfohlen wurden die Senatsanträge betr. Verkauf von Staatsareal an die Firma J. H. F. Lübers, Errichtung der Geltungsdauer des am 2. Dezember 1903 erlassenen vierten Nachtrages zum Einkommensteuergesetz auf das Rechnungsjahr 1909, Bewilligung von 27 500 Mk. zur weiteren Errichtung des Vorwerfer Friedhofs und Errichtung einer weiteren Elementarlehrerstelle am Katharinen-

Die gemeinsame Steuerprüfungs-Kommission. Der Bürgerausschuß beschloß in seiner gestrigen Sitzung die Zahl der bürgerlichen Mitglieder der gemeinsamen Kommission von Senat und Bürgerausschuß auf 10 festzusetzen und wählte zu solchen: Dr. med. F. P. Ziehl, Dr. jur. F. W. F. von Broden, G. L. M. Fenne, K. F. M. Dimpcher, W. J. F. Schulmerich, G. Reimpell, Dr. phil. L. H. Baethke, Dr. jur. E. Meyer, E. S. Wühlmann, F. F. von Schack, sowie zu Geschäftsmännern G. Ehr. K. Glaser, Dr. jur. J. D. Benda und F. Ehr. Lauenstein. Ein Blick auf diese Liste zeigt, daß man es mit peinlicher Sorgfalt vermieden hat, auch einen Vertreter der minderbemittelten Volksschichten in die Kommission hineinzubringen. Und doch werden die Arbeiter und kleinen Leute durch die neuen Steuervorlagen nicht zum wenigsten getroffen. Was klammert das aber das „erklaulichte“ Bürgerthum, welches die Mänte der Gesetzgebung in Händen hat. An Lübeck sind die Leute, welche weniger als 2000 Mk. verdienen, in der Hauptsache nur Objekte der Gesetzgebung. Der Geldsack hat das Bestimmungsrecht und sucht sich dieses zu bewahren, indem — entgegen aller parlamentarischen Gepflogenheiten — die Sozialdemokraten aus dem Bürgerausschuß und anderen Kommissionen möglichst ferngehalten werden. Kann das Volk zu derartigen Gesetzgebern irgendwelches Vertrauen haben? Sicherlich nicht! Mögen die breiten Volksschichten, welche man in brutaler Weise zu unterdrücken befreibt ist, zur gegebenen Zeit den Herren die richtige Antwort erteilen.

Die Läden sind am Sonntag, den 13. und 20. Dezember bis abends 7 Uhr geöffnet. Das Polizeiamt macht bekannt: Auf Grund des § 105b Absatz 2 der Gewerbeordnung wird hiermit angeordnet, daß am 13. und 20. Dezember 1908 in allen offenen Verkaufsstellen ein Gewerbebetrieb und eine Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern in den Stunden von 7 bis 9 Uhr vormittags und von 11 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends stattfinden darf. Durch diese Anordnung wird der, durch Absatz 1a und b der Bekanntmachung vom 31. Januar 1893, betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, festgesetzte frühere Beginn der Verkaufszeit für Wäachern, Rohmaterialien, Fleck- und Wäschwaren, Milch aus festen offenen Verkaufsstellen, Eier, Butter, Schmalz und Fett, Obst, Grünwaren, Fische, Eis und Mineralwasser nicht berührt.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden im Monat November in 66 Fällen gemeldet. Davon betrafen 33 Fälle (1 tödlich) Diphtherie, 19 (1 tödlich) Scharlach, 6 Malaria und 8 (1 tödlich) Typhus.

Zur Warnung für die, welche es angeht. Wegen Vergehen gegen das Kinderschutzgesetz hatte sich die Zeitungsauslegerin W. vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Die Angeklagte hat fortgesetzt einen Schulknaben mit Ausstragen von Zeitungen vor dem Vormittagsunterricht beschäftigt. Das Urteil lautete auf 12 Mk. Geldstrafe oder 4 Tage Gefängnis. — Der Bäckermeister K., der einen 12jährigen Knaben morgens vor Beginn der Schulzeit mit Brotausstragen beschäftigte, erhielt deshalb 20 Mk. Geldstrafe eventuell 4 Tage Gefängnis zudiktirt.

Handelsregister. Am 7. Dezember 1908 ist bei der offenen Handelsgesellschaft im Firma E. Wülfchen in Lübeck eingetragen: Jegiger Inhaber: Kaufmann W. F. Griehmann in Lübeck. Der Übergang der im Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten auf den Erwerber ist ausgeschlossen.

pb. Fahrraddiebstahl. Am 9. d. Mts. wurde nachmittags gegen 2 1/2 Uhr von der Frau eines hiesigen Warenhauses ein Fahrrad ohne Marke gestohlen. Das Fahrrad hat schwarzes Gestell, schwarze Felgen und trug die Polizeinummer 11 275. — Am demselben Tage wurde zwischen 11 und 12 Uhr vormittags ein Fahrrad am Marquardplatz gestohlen. Das Fahrrad ist ohne Marke, hat schwarzes Gestell und schwarze Felgen, die Handgriffe sind aus Buch gearbeitet. In dem Fahrrad befand sich die Polizeinummer 9231.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen, Freitag, gelangt die zugkräftige Operette „Ein Walzertraum“ von Oscar Straus zum 8. Male zur Aufführung. Am Sonnabend, abends 8 Uhr, geht Wolheres wirkungsvolles Lustspiel „Der Heilige“ zusammen mit Bresbers Monatszeitungs-Szene „Der Hstzuber“, welche beiden Stücke einen so glänzenden Erfolg erzielten, nochmals in Szene. Als zweite Volks-Vorstellung kommt am Sonntag, den 13. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, Friedrich von Schillers Schauspiel „Wilhelm Tell“ zur Aufführung. Der Preis sämtlicher Plätze zu dieser Vorstellung beträgt 50 Pfg., die Garderobengebühr 10 Pfg. Der Vorverkauf resp. die Auslosung der Plätze findet am Freitag und Sonnabend je von 8 bis 9 Uhr abends an der Theaterkasse statt.

Stadthallen-Theater. Am Sonntag gelangt die amerikanische Komödie „Wollenkräzer“ von Köhler und Keller, welche schon im Neuen Stadttheater mit großem Erfolg gegeben wurde, zur Aufführung. — Der Vorverkauf der Willets beginnt morgen Freitag von 11 bis 1 Uhr vormittags an der Theaterkasse des Stadthallen-Theaters sowie in den bekannten Verkaufsstellen.

Schwarzian. Die Sprechstunde des Arbeiter-Sekretariats findet hier am Freitag, den 11. Dezember, abends von 8-8 Uhr, im Lokale „Transvaal“ statt.

Mitau. Die Privatklage des Reichsverbändlers Karsten Brandt gegen die Redakteure des „Hamburger Echo“ Genosse Wabersky und Petersson sowie gegen den Berichterstatter Genosse v. Rosbiski gelangte in der Revisionsinstanz am Mittwoch vor der Strafkammer IV des Mitauer Landgerichts zur Verhandlung. Die Beleidigungen gegen Brandt sollen teils durch die Presse, teils in einer öffentlichen Versammlung erfolgt sein. Die Strafkammer erkannte, wie i. Zt. mitgeteilt, gegen Petersson und v. Rosbiski auf je 300 Mk. Geldstrafe, gegen Wabersky auf drei Monate Gefängnis. Das Oberlandesgericht Kiel hob das Erkenntnis der Mitauer Strafkammer auf und verwies die Angelegenheit zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an die Strafkammer IV zurück. Zur gestrigen Verhandlung waren 50 Zeugen geladen worden: Verteidiger Dr. Petersson und v. Rosbiski war Dr. Herz, für Wabersky Dr. David-Hamburg, für den Kläger Brandt Rechtsanwalt Jacobson-Hamburg. Zeuge Bischof vom „Damb. Fremdenblatt“ bekundete, daß seine früheren Angaben über die Angelegenheit Brandts wortgetreu wiedergegeben worden seien, was der Privatkläger, der sich zunächst der Dinge nicht entennen konnte, endlich auch zugeben mußte. Sodann wurden mehrere Gewerbetreibende als Zeugen vernommen, die von Brandts durch Kreditnahme geschädigt sind; in einigen Fällen handelt es sich um Anleihen bei Kollegen. Die Verhandlung wird heute Donnerstag fortgesetzt.

Ries. Bestimmungsnüsselei bei der Kommunalwahlen in Ries hat die dortige Oberpostdirektion

veranlaßt, die sämtlichen Postbeamten am 1. d. darüber vernommen zu lassen, ob sie von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben. Wie die „Deutsche Postzeitung“ mitteilt, hat eine größere Anzahl von Beamten die geforderte Auskunft verweigert. — Der Staatssekretär des Reichspostamtes wird über diese Eigenmächtigkeit der Kieler Oberpostdirektion im Reichstag Rede und Antwort stehen müssen.

Sternföhre. Feuersbrunst. Der zum Gute Hagen gehörige Hof Gichtal wurde Mittwoch nacht von einer großen Feuersbrunst heimgesucht. Das Kuhhaus mit 76 Kühen und die Scheune fielen den Flammen zum Opfer.

Sufum. Jetzt hat der Minister des Innern das Wort. Bürgermeister Dr. Schücking veröffentlicht in der „Städte-Zeitung“ einen Artikel über das gegen ihn von der Regierung durchgeführte Disziplinarverfahren. In dem Artikel wird die Behauptung aufgestellt, daß die Einleitung des Disziplinarverfahrens auf direkte Veranlassung des Ministers v. Nolte erfolgt sei. Dr. Schücking schreibt hierüber: „Zu Anfang Februar dieses Jahres erschien meine anonyme, verwaltungsrechtliche Studie über die Reaktion in der inneren Verwaltung Preußens. Auf dem schleswig-holsteinischen Städtetage fragte mich ein Regierungsassessor, ob ich der Verfasser sei. Ich antwortete ausweichend mit einigen Wigen. Im Juni tat ein hollsteinischer Landrat einem meiner Parteifreunde gegenüber dieselbe Frage. Mitte des genannten Monats gelangte nach Schleswig eine Verfügung des Ministers des Innern an den Regierungspräsidenten, letzterer solle gegen mich ein Disziplinarverfahren einleiten. Die offiziellen Mitteilungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ lauten allerdings etwas anders. Ob und inwieweit die verschiedenen Aufsätze, die ich in und nach der Wahlkampagne im „Berliner Tageblatt“ erschienen ließ, Anlaß zu dem Verfahren gaben, weiß ich nicht. Ich hatte gerade für die Freisinnige Volkspartei kandidiert und ich nehme an, daß sich die Vorstellung des Regierungspräsidenten darauf bezog. Vom Minister kam der gemeinere Befehl an den Regierungspräsidenten, gegen mich vorzugehen. Der letztere ließ nun den Landrat kommen zu einer längeren Konferenz, nahm auch Fühlung mit einem oder mehreren Mitgliedern des Bezirksausschusses, den künftigen Richtern. Wohl vom Landrat stammte der Vorschlag, daß meine Amtsführung aus dem Verfahren ganz ausgeschlossen sollte, wenigstens hat sich der Landrat weiter dahin geäußert. Die Sache wurde also zunächst rein politisch gefaßt. Der Regierungspräsident erklärte dem Verwaltungsgeschäftsdirektor, ich sei Sozialdemokrat und müßte deswegen abgelehrt werden. Eben wegen dieser politischen Seite sollte die Sache anscheinend in aller Stille abgemacht werden. Der Landrat erschien vor der Zustellung des Einleitungsbeschlusses auf der Redaktion eines Sufumer Blattes und teilte die Einleitung des Verfahrens mit, ehe ich selbst etwas davon wußte. Der Landrat hat gleichzeitig, man möge, falls ein Entrüstungssturm in der liberalen Kreise losbräche, denselben in der Sufumer Lokalpresse nicht wiedergeben.“

Glückow. Vom Schwurgericht freigesprochen wurden am Dienstag der Kaufmann W. Glöde zu Dobberan und seine Frau geb. Zieg. die angeklagt waren, gemeinschaftlich das Schindledemeter Steinlofische Wohnhaus dort am 9. August und zugleich in beträchtlicher Mächtigkeit darin befindlichen Sachen der mitangeklagten Ehefrau Glöde vorsätzlich in Brand gesetzt zu haben. — In der zweiten Sache wurde gegen den Schuhmacher Karl Hillmann aus Lieberose wegen Raubes verhandelt. Das Urteil lautete auf fünf Jahre Zuchthaus. — Am Mittwoch war in erster Sache angeklagt der Landbriefträger August Busch aus Klitz wegen Amtsunterschlagung, Urkundenfälschung, Diebstahls usw. Der Angeklagte ist geschädigt und gibt als Motiv große Notlage an. Die unterschlagene Summe von rund 620 Mark ist durch Verwandte des Angeklagten ersetzt worden. Das Urteil lautet unter Zustimmung mildernder Umstände auf 1 Jahr Gefängnis.

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.
Mittwoch, 9. Dezember.
D. Dalmatid, Kapl. Bergh, von Kopenhagen in 14 St.
D. Hulsard, Kapl. Nachtwey, von Neval in 3 1/2 T.
Glenpart, Kapl. Lust, von Newcastle in 5 T.
Söborg, Kapl. Hansen, von Venisak in 12 T.
D. Thor II, Kapl. Jörgensen, von Rastkov in 8 St.

Von Travemünde abgegangene Schiffe.
Dienstag, 8. Dezember.
D. Britannia, Kapl. Stoll, nach Gmden.
D. Thetis, Kapl. Mörk, nach Malmö.
D. Najaden, Kapl. Stenfeld, nach Kopenhagen.
D. Expreß, Kapl. Davidien, nach Flensburg.
D. Vermland, Kapl. Beckmann, nach Ralfsund.
D. Seeadler, Kapl. Wenz, nach Wismar.

Schiffsbewegung.
D. Stockholm ist Dienstag mittag in Königsberg angekommen.
D. Dora ist Dienstag früh in Memel angekommen.
D. Diffe ist Mittwoch morgen von Herrenwyk in Swillen angekommen.
D. Luise ist Mittwoch nachmittag von Memel via Flensburg auf hier abgegangen.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Wie im Eisenbahnbetriebe gespart werden soll.
Norddeutsche Blätter teilen vor einiger Zeit mit, daß zurzeit eine Kommission das preussische Staatsbahnnetz bereite, um festzustellen, was noch alles gespart werden kann. So sollen auf Nebenstrecken die etatsmäßigen Zugführer bereits durch Schaffner ersetzt werden sein. Ferner sind bei vielen Personenzügen, die nur auf Entfernungen bis lediglich 20 Kilometer fahren, die Wagenwärter und bei den bisher von zwei Schaffnern begleiteten Zügen der zweite Schaffner zurückgezogen worden. Auf mittleren Stationen, wo früher vier bis fünf Stationsassistenten tätig waren, befindet sich heute nur noch einer; die übrigen Stellen werden durch Weichensteller erster Klasse versehen. Für die Bahnhofsassistenten (Fahrdienstleister) soll, wie es heißt, statt des bisher achtstündigen Dienstes wieder ein zwölfstündiger Dienst eingeführt werden und nur auf größeren Bahnhöfen mit elektrischen Stellwerken soll der Achtstundendienst bestehen bleiben.
Eine ähnliche Verengerung für die preussischen Eisenbahner, wie sie den sächsischen Eisenbahner beim Einführen der sechs Eisenbahnerüberschüsse, worauf die Einzelstaaten als der sichersten Einnahmequelle aller Hände halten, sparte man, sobald sich nur ein Schwanken dieser Einnahmen ergab, Tod und Teufel zusamment, bis herab zu

Seife und Handtüchern und den Streckhölzchen; wo nur jemand entbehrlich schien, war man gleich bei der Hand, den Posten einzuziehen und die betroffenen Leute herunterzulassen. Vom Fahr dienste drückte es in den Rangierdienst, vom Rangier in den Güterboden- und Streckendienst und von dort zum Bahnbauunternehmer und dann stillschweigend zum Tempel hinaus. Sogar die Grundlöhne, die doch nur die äußerste Lebenshaltungsgränze darstellen, wurden angetastet, Funktionszulagen, Fahr- ausstellungen, Nachtgelber, Schmier- und Bugprämien, alles kam daran und ächte und köhnte unter der Last der Spar- mat. Der Druck erleichterte sich ja wieder in etwas durch das allmähliche Eintreten normaler Verhältnisse; aber bis heute noch, nachdem schon wieder mit den glänzenden Überschüssen geprahlt wird, sind Spuren zurückgeblieben, die andeuten, wie rücksichtslos und erbarmungslos die Verwaltung in ihrer Sorge um die überschüssigen Eisenbahner bedrückte. Jetzt wiederholt sich ein ähnliches Schauspiel bei den preussischen Eisenbahnen. Weil die preussischen Bahnen, durch die Ungunst der Konjunktur, weniger Überschuss ergeben, sollen die untersten Eisenbahner dafür büßen. Mit dem Herabdrücken der Stellen und dem Einziehen einzelner, angeblich überflüssiger Positionen geht es los. Mit der Verlängerung der täglichen Arbeitszeit geht es weiter ein und alles andere wird noch folgen, wenn der Überschuss sich nicht wieder so herausfinden sollte, wie die Verwaltung es wünscht. Die Spar- mat bricht also über die preussischen Eisenbahner herein und wird ihnen mit derben Fäusten einprügeln, was sie in den besseren Tagen vergaßen. Viel tausendmal wurde auch ihnen in Wort und Schrift klar gemacht, daß auch sie sich im Verbände der Eisenbahner organisieren müßten, um selbst den nötigen Einfluß auf ihre Verhältnisse zu gewinnen. Was taten Sie bisher? Sie verletzten Ihre Kraft und Energie in allen möglichen Vereinsvereinen und Vereinen, sie ließen sich sogar von Amtswegen einen Verein aufschwächen und hatten nicht Rückgrat und Erkenntnis genug, die Absicht dieser Gründung zu durchschauen. Durch alle diese Zettelungen sind sie in ihrer Masse dem Rufe der eigenen Organisation nicht gefolgt, die Masse blieb abseits stehen und schleifte nach oben. Von der eigenen Kraft und deren Anwendung machten sie noch keinen Gebrauch; sie ernteten nur mühelos, was die besten ihrer Kollegen unter dem Schutze ihrer Organisation für sie erkämpften, aber Schulter an Schulter mit ihnen zusammenzutreten und mit zu raten und zu taten, das kam ihnen noch nicht in den Sinn.

Vielleicht erweckt die Eisenbahner dieser Spardruck der Verwaltung aus ihren dumpfen Träumen und drängt ihnen die Erkenntnis auf von allem dem, was sie nachzuholen haben und was sie bisher aus Furcht, Angst und Unverständnis unterließen.

Handels- und Marktnachrichten.

Getreidepreise.
Lübeck, 9. Dezember.
Weizen, 115-127 Pfd. holl. 170-195 Mk. Roggen 115-123 Pfd. holl. 150-162 Mk. Gerste, nach Qualität 160-175 Mk. Hafer, nach Qualität neuer 145-165 Mk. alter 170-180 Mk. per 1000 Kilo.

Butter-Notierungen
d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meiererei-Verbandes.
Hamburg, 9. Dezember.
1. Klasse 189 Drittel zu 117,08 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 18 „ 112,58 Mk.

Schweine- und Viehmarkt
9. Dezember.
Der Schweinehandel verlief etwas lebhafter.
Zugeführt wurden 402 Stüd, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verbandschweine schwere 65-66 Mk., leichte 64-64 1/2 Mk., Sauen 55-55 Mk. Ferkel 60-63 Mk. pro 100 Pfd.

Literarisches.

Neuere Lustreise und andere Wunderlichkeiten.
12 Geschichten für Arbeiterkinder von Robert Grösch, 132 Seiten 8°. Preis gebunden 1 Mark. Verlag von Raden u. Co. in Dresden. — Mit dem Erstarken der Arbeiterbewegung hat namentlich ein Gebiet der proletarischen Emanzipationsbestrebungen an Bedeutung gewonnen: die Bildung und Erziehung des proletarischen Nachwuchses. Ein Beweis der Kulturkraft unserer Bewegung mag es sein, daß sich die organisierte Arbeiterschaft seit Jahren müht, eine Kinderliteratur zu schaffen, die in den Rahmen der sozialistischen Weltanschauung hineinpäht. Und ein Beweis der Kulturkraft der Arbeiterklasse auch mag es sein, daß jetzt einer aus der Arbeiterklasse kommt, der dem Nachwuchs seiner Klasse die sozialistische Ideen- und Gefühlswelt dichterisch nahe bringt. Man verstehe uns nicht falsch: die vom Dresdner Parteiverlag unter dem Titel „Neuere Lustreise und andere Wunderlichkeiten“ herausgegebenen Abenteuer und Geschichten von Robert Grösch wollen dem jugendlichen Kopf nicht etwa die Grundzüge der Sozialdemokratie einpflanzen; denn das hieße einen Boden politisch beackern wollen, der für eine politische Beackerung weder reif sein kann, noch soll. Aber das Buch will humorvolle Antworten geben auf all die naiven Fragen, die das Arbeiterkind an unsere kampflaute Zeit stellt. Nicht allein zu allgemeinen, ewigen Tugenden, wie Tapferkeit, Mut, Fleiß, Wahrheitsliebe will das Buch erziehen, — es will auch leuchtend machen all die Gefühlsmerkmale und Ideale, die in der modernen Arbeiterklasse lebendig sind. Das Buch will Freiheitsliebe, Gerechtigkeits Sinn, Abscheu gegen Faulheit, Hochmut, Unterdrückung wecken; es will zur Arbeitsfähigkeit und Hilfsbereitschaft erziehen; es will das Entsetzliche und Entwürdigende des Müßigganges aufzeigen; es will für die sozialen Gegensätze unserer Tage lebendige, der jungen Phantasie unaufdringlich eingehende Erklärungen geben und die proletarische Tugend Solidarität aufleuchten lassen; es will die Arbeit als die erhaltende Kraft der Menschheitskultur in den Vordergrund des kindlichen Interesses rücken und will von der Poësie der Arbeit fingen — kurz; das Buch will dazu beitragen, den proletarischen Nachwuchs lebensfähig und zukunftsfroh zu machen. Robert Grösch wendet sich mit obigen sozialen Geschichten nicht an eine bestimmte Altersklasse — vom 8. Jahre an aufwärts dürfen Knaben und Mädchen und jeder, der sich jung und fachlosig fühlt, das Buch nicht ohne heiter gestimmte Befriedigung aus der Hand legen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Marktnachrichten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Kommt für den gesamten Inhalt Johannes Steckling. Verleger: L. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

**Verband der
Fabrikarbeiter Deutschlands.**
(Zahlstelle Lübeck).

Nachruf.

Am Mittwoch, den 9. Dezember, starb
unser Mitgl., der Kollege
Friedrich Lehmann.

Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet am Sonnabend,
den 12. Dezember, nachmittags 3 Uhr, vom
Wormwetter Friedhof aus statt.
Abmarsch der Kollegen zur Teilnahme an
der Beerdigung mittags 2 Uhr vom Vereins-
haus.

Zahlreiche Beteiligung wünscht
Die Ortsverwaltung.

Fründ **Heinrich Denker** 10 ten Geburts-
tag, den 3 mal dummerdes Hoch, dat de ganze
Rosenkranz macht.

Durch Zufall zum 1. Januar
eine Wohnung zu vermieten.
Engelswisch 33/10.

Ein f. möbl. heizbares Zimmer an einz.
Herrn oder Dame zu vermieten
Augustenstraße 29 a, 1.

Logis zu vermieten
An der Mauer 156, b. d. Mühlenstraße.

Ein heizb. möbl. Zimmer
zu vermieten Schützenstraße 57 a.

Habe eine Vierzimmerwohnung zum
1. Januar zu verm. 1. Et. C. f. a. 3. Miet-
miete Brohnastraße 160.

Gesucht zum 1. April eine Zweifamilien-
wohnung im Preise bis 240 Mk. von ruhigen
Leuten mit 2 großen Kindern.
Ang. u. M H 3 an die Exp. d. Bl.

Gesucht zu Ostern
ein Malerlehrling
gegen Kostgeldvergütung.

Ludwig Lühr, Danforthstraße 13.

Junger Arbeiter sucht Beschäftig.
irgend welcher
Art, wenn auch zur Ausbildung.
Off. u. A R an die Exp. d. Bl.

Ein Kübel zum Fleischeinsalzen
zu kaufen gesucht. Angeb. unter K L U an
die Exped. d. Bl.

Ein Schaukelpferd zu kaufen gesucht.
Trennschritt 21.

Für Brautleute! 2 engl. Bettstellen mit
Sprungfeder-Matratze, 1 Divan, alles reell
m. 10 Jahre Garantie.
C. Becker, Langer Kohberg 26.

Ein Tisch und eine Kinderbettstelle
zu verkaufen. Glockengießerstr. 55, 1.

Zu verkaufen ein Gefellenkoffer, ein Paar
neue Herren-Schlittschuhe, Reithel, eine gute
M-Damen-Uhr, billig.
Kahlhorststraße 89c, 1.

Ein Speicher und ein Blockwagen
billig zu verkaufen. Zu besehen nach 6 Uhr.
Engelsgrube 43/17.

Ein gut spielendes Grammophon m. Blatt.
und eine dreistimmige Wiener Harmonika billig
zu verkaufen. Giandorffstr. 5, 1.

2 Paar Schlittschuhe, 2 Laubsägebüg.
zu verkaufen. Watenismauer 166, 1.

Eine guterhaltene Kinderbettstelle
billig zu verkaufen. Steinradweg 28c, 1.

Billig zu verkauf. 3 größere 3 Egemalbe,
1 bronz. Pendule, 1 gr. Regulator, 1 gut
Kinderw. m. Gummi. Marktstr. 29 (Burgl.)

Alle Sorten Äpfel und Birnen (reichlich
Vorrat) sehr billig (von 5 bis 20 Pfg. a Pfd.)
zu verkaufen.

A. Oldenburg, Sägemühle 1a.

Weihnachtsäpfel 10 Pfd. 1 Mark.
Wiedestraße 33.

Sonnabend u. Sonntag steht
ein großer Transport Lüben-
burger Kerzen zum Verkauf.
Geertz Hotel, Schwartau.

H. Mews, Böttcherstraße 6.

Glaserei und Einrahmungsgeschäft
für Silber jeder Art

Haarperücken werden billigst angefertigt.
Kaufe auch angefeimtes Haar.
Singende Kanarienvögel zu verkaufen.
J. Lau, Fankwanzstraße 39.

F. W. Lichtenstein, Barbier und Friseur,
empfehl.
Or. Burgstraße 11,

Haarflechten und sämtliche Haararbeiten.
Zahle für Hausstandslumpen Pfd. 3 Pf.
irei Haus und Postkarte. Eisen, Zeitungen,
Metall und Feile läuft zu hoch. Tagespreisen

Kleinfeld, Waisenhoffstr. 25.

Prima engl. Gasfaks u. Brackets, sowie
kräftiges gespaltenes Brennholz, a Sad
50 Pfg., empfiehlt billigst
Wiedestraße 33.

Zur Kuchenbäckerei
empfehle
Lanschen Kuchensirup, la. Weizenmehl
sowie sämtliche Gewürze.

Hans Pichelmann,
Friedenstr. 78 (Gute Broolingsstr.)

Beerdigungsgeschäft C. Thlessen & Sohn
Wahmstraße 79. Fernruf 1143.
Übernahme sämtlicher Besorgungen. Überführungen nach und von auswärts.
Eigene Transportwagen. auch Feuerbestattungen.

Zum Weihnachtsfest
empfehle
sämtliche Zutaten zur Kuchenbäckerei in bester Qualität.
Ferner Tannenbaumschmuck, Lichte, Wale, Haselnüsse,
Feigen etc. Parfümerien in kleinen Flaschen.
Hansa-Drogerie, Hans Fock Nachf.,
Ecke Fackenburg u. Schwartauer Allee, vis-à-vis d. neuen Bahnhof.

Oh wie lecker
sind alle mit
„HANSA“
Back- u. Puddingpulver
bereiteten Kuchen und Puddings! Schutzmarke
Verlangt nur dieses — es ist ja auch das Beste!
Stahmer & Wilms, Hamburg
Nährmittel-Fabrik
„HANSA“
Vertreter: Hans Wilms, 1. Wallstraße 15a. Tel. 2065.

Millionen Kuchen
werden alljährlich zu Weihnachten
mit den beiden Margarinemarken
„Siegerin“ und „Mohra“
gebacken. Backen Sie gleichfalls
damit und Sie erhalten einen billigen,
feinschmeckenden, butterduftenden
Festkuchen.
Alleinige Fabrikanten:
A. L. Mohr, Act.-Ges., Altona-Bahrenfeld.

Erfinder
wenden sich am zweckmäßigsten an bedeutende
Patentbureaus, deren Ruf und Leistungs-
fähigkeit bekannt und über deren Vertrauens-
würdigkeit Auskunftsbureaus gern Auskunft
erteilen.
J. Bett & Co.,
Bureau für Patentverwertung u. Erwirkung.
Berlin SW. 48. Q.

**Feinstes Weizenmehl,
Diamantmehl,
Lanschen Kuchensirup,
sowie
sämtliche Aushengewürze**
in bester Qualität.
Otto Fehlaue
Fackenburg Allee 32.

Achtung!
Freitag nachmittag von 5 Uhr an:
Frische Berliner Blut- u. Leberwurst
per Stück 10 Pfg.
Wurstsuppe gratis!
Carl Junge, Bahmstr. 14.

Heute frisch:
**Thüringer Blutwurst,
Thüring. Leberwurst**
Karl Junge,
Bahmstr. 14, Langer Kohberg 20.

Billig! Billig!
Räumungs-Ausverkauf.
Wegen Verlegung meines Kinderwagen-
u. Korbwaren-Geschäftes verkaufe ich von
heute an
unter 10% Rabatt.
Großer Vorrat in
Puppen-, Sport-, Sitz- u. Liegewagen.
J. Baade,
Fackenburg Allee 34-34a.

K. Knabe
21 Meierstrasse 21
empfehl.
Zigarren, Zigaretten,
Rauch-, Kau- und Schnupftabake,
Zigarren-Spitzen und Shag-Pfeifen.
Zu Weihnachtsgeschenken
große Auswahl in 1/4, 1/2 und 3/4 Kisten,
in nur guter Ware u. feiner Ausstattung.

Zur Kuchenbäckerei
empfehle
sämtl. Zutaten in bester Qualität.
Ferner:
Christbaumschmuck
Lichte, Wal- und Haselnüsse,
Datteln, Feigen,
sowie
Parfümerien und Seifen.
Carl Schmidt
St. Lorenz-Drogerie,
Sindenstr. 37a.

Als schönes
Weihnachtsgeschenk
Türschilder
sowie
Namentassen
zu billigen Preisen
bei
A. Steffin senior,
Porzellanhandlg. u. Malerei
Braunstrasse 26.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** 10.
Köhl.
Ist vortheilhaft bekannt durch gute Ver-
arbeitung und sehr billige Preise. U. A.:
Leberhosen 2,20-8,45
Rauverhosen 2,30-8,75
Schlosserhosen 1,84-5,25
Ueberziehhosen 1,08-2,25
Hüft-Hosen 1,68-3,25
Leinene Roden, idräge und gerabe, 1,28
Kajen, Hemden, Schlachterjacken, Fellejacken
Waler-Mäntel erstaunlich billig.
20 Pfg. von 30 Pfg. bis 1,88 Mk.
Note Lübeckmarken.

**Verband der
Fabrikarbeiter Deutschl.**
(Zahlstelle Lübeck.)
**Mitglieder-
Versammlung**
am Freitag, den 11. Dezember
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Vortrag des Kol. Kad den über:
Arbeiterfrage und Unternehmertum.
3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

**Achtung!
Metallarbeiter!**
Diejenigen arbeitslosen Kollegen
und Kolleginnen, welche Anspruch
auf Weihnachtsunterstützung erheben,
werden ersucht, am 11. d. Mts.
vormittags von 11 bis 11 1/2 Uhr,
sich im Bureau zu melden.
Die Ortsverwaltung.

**Verschiesen
und Auspielen**
von fetten Gänsen,
Karpfen u. Rauchfleisch
am Sonnabend, 12. Dezember
Dazu ladet freundlichst ein
Johann Martens,
Böttcherstraße 18.

Lübecker Lehrer-Gesangverein.
Volkskonzert
am Sonntag, den 13. Dez., 7 1/2 Uhr,
im Kolosseum.
Solisten: Herr Dr. Reuter (Cello),
Herr P. Töden (Tenor).
Eintrittskarten à 30 Pfg. bei Herrn Redakteur
Stelling, Redaktion des „Lüb. Volksboten“.

Stadthallen-Theater
Sonntag, 13. Dezember 1908:
Wolkenkratzer.
Amerikanische Komödie von Köhler.
Vorverkauf ab Freitag 11-1 Uhr im Stadt-
hallen-Theater sowie in den bekanntest.
Stellen: Nagel, Markt 14, und Rob.
Mühlenstraße 19.

Neues Stadttheater.
Freitag 7 1/2 Uhr. Große Preise!
Anferti ab Freitag 11-1 Uhr im Stadt-
hallen-Theater sowie in den bekanntest.
Stellen: Nagel, Markt 14, und Rob.
Mühlenstraße 19.
Ein Walzertraum. Operette.
Sonnabend 8 Uhr. Mittel-Preise.
Voll-Hohn. 70. Sonnabend-Ab. 11.
Der Geizige. Lustspiel von Moliere. Vorher:
Herbstzauber. Mondsich. Scene v. Presber
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
2. Volks-Vorstellung. Jeder Platz 50 Pfg.
Garderobengebühr 10 Pfg. extra.
Wilhelm Tell. Schauspiel von Schiller.
Der Vorverkauf der Billets für diese Volks-
vorstellung findet Freitag und Sonnabend
von 8-9 Uhr abends an der Theaterkasse
statt. Alle Plätze werden ausgelost.

An die gesamten Tabakarbeiter Deutschlands!

Der Ruhhandel beginnt! Der Reichstag hat in einer lebendigen Debatte über die neue „Reichsfinanzreform“ verhandelt. Bei der Revue über die einzelnen Steuerprojekte dieser Reform schien es klar zutage zu treten, daß das Zigaretten- und Zigarrensteuerprojekt bei den verschiedensten Parteien, vielleicht mit Ausnahme der Konservativen, keine Zustimmung erlangen würde. Das Zigarettensteuergesetz dürfte wohl als gefallen zu betrachten sein. Selbst aber wenn dies Wahrheit werden sollte, dürfen die Tabakarbeiter Deutschlands sich nicht trügerischen Hoffnungen hingeben; denn an Stelle des gefallenen Projekts treten sofort einige neue andere, welche aber immer und immer wieder die von dem Tabak zu erzielende Mehreinnahme von 70 bis 80 Millionen und möglichst auch noch darüber hinaus zu bringen haben. Als solche neue Projekte sind von verschiedenen Parteien in Anregung gebracht: Zollserhöhung von Mk. 85 auf Mk. 150 pro Doppelzentner. Ebenso auch eine Erhöhung der Zuluftsteuer. Als drittes Projekt ist eine Rohtabakwertsteuer vorgeschlagen worden. Mag dieses oder jenes Projekt auf der Bildfläche erscheinen, wir müssen immer wieder das Gefagte wiederholen: Mag die neue Belastung des Tabaks einen Namen tragen, welchen sie wolle, wir haben uns gegen jede neue Belastung zu wenden. Die Form derselben ist gleichgültig; die Wirkung auf unseren hungerrigen Magen bleibt dieselbe. Die Regierung sucht trotz des eingeleiteten Ruhhandels die Zuluftsteuer durchzuführen, umso mehr, als sie durch Festhaltung an diesem Projekt die Ruhhändler zu größeren Zugeständnissen resp. Bewilligungen in eventuell anderen Formen zu drängen glaubt.

An die Tabakarbeiter Deutschlands richten wir die energische Aufforderung, an allen den Orten, wo die Agitation bis jetzt sehr wenig oder gar zu schwach betrieben worden ist, sich aufzuraffen, um mit uns vereint auch gegen diese ferneren Projekte zu opponieren, damit dieselben um so sicherer zu Fall gebracht werden können. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß die Gefahr heute größer ist wie je zuvor. Mit dieser vergrößerten Gefahr muß unsere Ausdauer in der Agitation gegen diese Vergewaltigung, den Ruin unserer Industrie, bis zur höchsten Potenz gesteigert werden. Dem letzten Tabakarbeiter und der letzten Arbeiterin in den dunkelsten Winkeln Deutschlands muß klar gemacht werden, was auf dem Spiele steht und wo ihr Platz ist. Jeder muß ein Agitator sein. An allen Orten, wo nur einigermaßen Tabakindustrie vertreten, wo bis jetzt noch keine Kommissionen gewählt worden, wo auch noch bis jetzt keine Protestversammlungen stattgefunden haben, ist dieses schleunigst nachzuholen. Diefür müssen sich die Kollegen mit ihren Bezirksleitern, und zwar nur mit diesen, in Verbindung setzen.

Tabakarbeiter Deutschlands! Den von uns schon angekündigten

Kongress der Tabakarbeiter Deutschlands mit ihren Nebengewerben, berufen Unterzeichnete hiermit zu

Montag, den 18. Januar, morgens 9 Uhr, nach Berlin.

In welchem Lokal der Kongress stattfindet, geben wir später genau an. In den Orten, wo Delegierte hlerzu

noch nicht gewählt sind, muß dieses jetzt nachgeholt werden und Selbstammlungen zur Bestreitung der Unkosten des Kongresses vorgenommen werden.

Der Reichstag hat die Reichsfinanzreformvorlage einer Kommission von 28 Mitgliedern übertragen, welche wahrscheinlich am Freitag, den 11. Dezember 1908, mit dem Reichstag in die Weihnachtssferien geht, die bis zum 12. Januar 1909 dauern.

Kollegen! Diese Zeit müßt Ihr noch tüchtig zur Agitation und zur Abwehr des uns drohenden Ruins ausnützen.

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.

J. A.: Wilh. Boerner
Berlin S. 42, Ritterstraße 15.

Soziales und Parteileben.

Tarifvertragsverhältnis im Schneidergewerbe. Der Vorstand des Verbandes der Schneider teilt im Verbandsorgan mit, daß in einer gemeinschaftlichen Sitzung mit dem Beirat vom 26. und 27. November der Übernahme der Tarifverträge auf die Hauptvorstände zugestimmt worden sei. Weiter hat der Vorstand des Unternehmerverbandes in München den Antrag beim Gehilfenverbandsvorstand gestellt, die beiden Körperschaften sollten gemeinschaftlich ein nationales Tarifvertragsverhältnis schaffen. Die bisher bestehenden örtlichen Instanzen mit ihrer Tätigkeit, sowie die vorgelegenen Kündigungslisten, die örtlichen Verhandlungen usw. sollen beibehalten werden. Der Verbandsvorstand hat dem Unternehmer-Verbandsvorstand mitgeteilt, daß er dazu bereit sei, unter Beibehaltung der örtlichen Tarifüberwachung und Tarifberatung, Bildung örtlicher Tarifüberwachungs- oder Schiedsgerichts-Kommissionen, so wie dies in dem bisherigen Übereinkommen zwischen den Hauptverbänden vereinbart ist. Außerdem hat der Verbandsvorstand auf Beschluß des Beirats dem Unternehmerverbandsvorstand geschrieben: „Ferner sind wir bereit, uns an den Vorkämpfen für ein nationales Tarifvertragswesen (Reichstarif) zu beteiligen, unter der Voraussetzung, daß die bestehenden Lohnsätze unter keinen Umständen reduziert werden dürfen. Außerdem sind bei den Beratungen nicht nur die tariflich festzusetzenden Löhne zu berücksichtigen, sondern alle mit dem Arbeitsverhältnis im Zusammenhang stehenden Vereinbarungen wie: Arbeitszeit, Stück- und Zeitlohn, Erziehung von Werkstätten, Heimarbeit, Zuschlag, Lieferung der Zutaten (Furnituren) Doppeltarife und Kapfentfektion.“

Erfolgreiche Lohnbewegung. Die im Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter des Elektrizitätswerkes in Straßburg erreichten nach Verhandlungen mit der Direktion eine Lohnerhöhung von 5 Proz. ab 1. Januar 1910. Die Forderung von 10 Proz. erklärte die Direktion — gegenüber den sonstigen in der Metallindustrie gezahlten Löhnen — für zu hoch. Die Ueberstunden sollen künftig mit 25 Proz., die Nacht- und Feiertagsarbeit mit 50 Proz. vergütet werden. Eine Verkürzung der Schichtzeit, die bisher 10 Stunden währte, wurde leider nicht erreicht. Die Direktion will ferner mit 1. Januar 1909 mit einem Fonds von 300 000 Mark eine Pensionskasse für Arbeiter einrichten, für die die Beiträge vom Werk selbst getragen werden. In der Ausgestaltung der Kasse und der Statuten soll der Arbeiterausschuß mitwirken. Im Betriebe können Verbandsbeiträge eincolliert und Leistungen verteilt werden. Die Organisation wurde anerkannt. Der Direktor Löwe erklärte: „Jeder Arbeiter, der sich unter den hertigen Verhältnissen nicht seiner Organisation anschließt, ist ein erbärmlicher Feigling!“ — Die Arbeiter nahmen in einer Versammlung die Zugeständnisse des Werkes einstimmig an. Die Abschließung eines Vertrages hängt aber noch davon ab, wie die Verhandlungen zwischen Stadt und Werk wegen Ankauf des Werkes oder Abschluß eines neuen Vertrages ausfallen werden.

Die Unternehmer gegen den Arbeitermensch. In der Abendausgabe der „Post“ vom 8. Dezember 1908 wird heftig gegen die Gewerbeordnungsnovelle über den Arbeitermensch losgezogen. Der Leitartikel, den sich die „Post“ schreiben läßt, kritisiert all und jede Bestimmung, die zur Verbesserung der Lage der Arbeiterinnen in dem Gesetzentwurf Aufnahme fand. Am liebsten wäre es dem Blatte, wenn die ganze Vorlage scheiterte. Schließlich werden auch die Arbeiterinnen noch mit einer versteckten Drohung gegen die Vorlage aufgebracht; das Blatt schreibt nämlich: „Die Sache hat aber noch eine andere Seite. Fraglos ist, daß die Verkürzung der Arbeitszeit auch eine erhebliche Reduktion der Löhne zur Folge haben muß. Die Textilindustrie ist fest entschlossen, keine Lohnerhöhung zum Ausgleich für die gesetzliche Beschränkung der Arbeitsdauer vorzunehmen. Sie hat sich dahin verständigt, diejenigen Betriebe, die infolge von erhöhten Anforderungen der Arbeiter in Schwierigkeiten kommen sollten, zu unterstützen. Die schwierige Lage des Arbeitsmarktes begünstigt die Absicht, Ausperrungen im großen Maßstabe vorzunehmen, äußerst. Dies sollten sich die allzu eifrigen Volksbeglückter merken, daß sie durch ihren sozialpolitischen Überdramatismus nicht nur die Industrie, sondern letzten Endes auch die Arbeiter selbst aufs schwerste schädigen.“

Ausländer vor dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung. Zu einer unerhörten Verleumdung ausländischer Arbeiter verließ sich gelegentlich einer Verhandlung vor dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Reg. der Vertreter der Süddeutschen Eisenbergbau-Gesellschaft. Der italienische Maurer Sobattini aus Gagli erlitt vor zwei Jahren im Betriebe der Firma de Wendel in Rombach beim Heben eines Zementfasses einen Unfall, infolgedessen er im Krankenhaus an einer Verletzung des Schienbeines behandelt wurde. Die Berufsgenossenschaft lehnte die Rente ab, die Verletzung sei eine Folge tuberkulöser Erkrankung und hänge mit dem Unfall nicht zusammen. Der italienische Konsulatsattaché Dr. Porcili aus Köln wies nun in der Schiedsgerichtsverhandlung darauf hin, daß zwei Italiener den Unfall bekundet hätten, einer eidlich, und daß ein italienischer Arzt — Professor B. — einen Zusammenhang der Verletzung mit dem Unfall konstatiert habe. Darauf erwiderte der Vertreter der Genossenschaft, der Titel „Professor“ werde in Italien pro forma erteilt, die italienischen Professoren seien nicht — wie die deutschen Professoren — als Autorität zu betrachten. Und dann machte er die unerhörte Bemerkung, die mündlichen Aussagen der italienischen Arbeiter verdienten bekanntlich wenig Glauben. Der Vorsitzende nahm die italienischen Arbeiter gegen diesen unverschämten Vorwurf in Schutz. Das Schiedsgericht beschloß, Sobattini nach Straßburg zur Untersuchung in die chirurgische Klinik kommen zu lassen.

Zerstreuter und Grubenkontrollen. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung veröffentlicht eine Anzahl Auslassungen über die Forderung, Arbeiter als Grubenkontrollen einzustellen. Allgemein wird befürchtet, daß diese Grubenkontrollen unter politischen Gesichtspunkten gewählt würden und nicht zum Frieden zwischen Arbeitern und Arbeitgeber beitragen könnten. In einer anderen Auslassung wird versucht, die Regierung scharf zu machen. Es heißt dort: „In schweren Bedenken gibt die nach dem Radbod-Unfall kundgegebene Absicht der Regierung, Arbeiterkontrollen einzuführen, insofern Anlaß, als es sich um einen weiteren Schritt auf dem Wege der ununterbrochenen Nachgiebigkeit gegen die Bestrebungen der Arbeiterorganisationen, die Macht in die Hände zu bekommen, handelt. Dieser Weg muß, wenn er weiter in der bisherigen Weise verfolgt wird, zum Ruin unserer Großindustrie führen, die immer mehr das Maßstabmaßeres gesamten Wirtschaftslebens und damit unserer nationalen Macht bildet.“

Protest der Mannheimer Arbeiterkassen gegen die Scharnacherpraktiken. Im Mannheimer Saalbau hielt die Mannheimer Arbeiterkassen einmal Abrechnung mit den Ausbesserungspraktiken des dortigen Maßregelungsbureaus der Unternehmer, fälschlich genannt Arbeiternachweis der Industrie. Folgende Resolution wurde

Die weiße Nelke.

Kriminal-Roman von J. Paulbach.

(87. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Sie sah bei diesen Worten von der Frau zur Tochter hinüber, die an einen Schrank gelehnt stand und ihre traurig fragenden Augen auf Elisabeth richtete.

„Ja,“ sagte Frau Schneider, „eigentlich hüben wir ja die Blume, denn es ist ein seltenes Exemplar, das einzige in seiner Art. Mein verstorbenen Mann war nämlich Gärtner und ein großer Nelkenfreund, und da hat er sich viel Mühe gegeben, neue Varietäten zu züchten. Auf diese hier war er aber am meisten stolz und hat große Freude daran gehabt; freilich nicht lange mehr, — er hat früh fort gemußt von seinen Blumen und von uns. Nun, als er im vorigen Sommer starb, haben wir die Gärtnerei verkauft mit allem, was dazu gehörte, nur die Nelke nicht mit, mit der brauchen andere kein Geschäft zu machen. Wir zeigen sie auch sonst gar nicht, die Gärtner hier herum würden uns doch nur um Ableger quälen. Wir wohnen sonst nämlich hinten hinaus, aber jetzt wird das Zimmer tapeziert, und so kommt es, daß heute die Nelke hier am Fenster steht. Diese Blüte will ich Ihnen aber wohl abschneiden; der Stock kriegt ja neue. Wissen Sie, Fräulein, so eine Blume, die von einem lieben Toten gewissermaßen als ein Stück seiner Arbeit hinterlassen ist, die hat man lieb; und vieles hat die Blume ja auch mit erlebt! Seit mein Mann tot ist, scheint es freilich, als ob sie uns Unglück bringen sollte.“

Sie schaute bei diesen Worten mit einem Blick auf ihre Tochter; ein feines Rot der Erregung stieg in Anns Gesicht; sie sagte nichts und sah gedankenverloren vor sich hin.

Elisabeth überlegte, wie sie es am besten anfinge, die Frau allmählich vorsichtig auszufragen, um zu erfahren, was ihr so brennend am Herzen lag, nämlich, wer in dem Sommer schon einmal eine Blüte von diesem Stock erhalten hatte.

„Hat Ihnen die Nelke schon Unglück gebracht?“

forchte sie.

Frau Schneider erzählte für ihr Leben gern traurige Ereignisse, besonders solche, die sich in ihrem eigenen

Dasein abgespielt hatten. Sie rückte sich auf ihrem Stuhl zurecht, legte den Finger an die schabelförmig gebogene Nase und begann: „Unglück, — nun, wie man es nehmen will, ja, Fräulein! Wenigstens, — seit einiger Zeit können wir sie doch nicht ansehen, ohne daß es innerlich wurmt.“

Meta, deren lebhaftes Naturell von großer Ungebuld über den langsamen Fortgang dieser Unterredung ergriffen wurde, unterbrach Frau Schneider, indem sie sich an Elisabeth wandte: „Wollen wir nicht einfach fragen, ob sich Frau Schneider nicht erinnern könnte, wenn sie im Laufe der letzten Monate eine Blume von diesem Stock gegeben hat? Viele Menschen wird sie nicht damit beschenkt haben.“

Elisabeth lächelte; die alte, ungestüme Art Metas war doch noch immer nicht eingedämmt!

Da sahen sie, daß Anna Schneider totentbläß wurde; sie senkte den blonden Kopf tief auf die Brust herab und schien mit einer qualvollen Empfindung zu ringen.

„Ja, — sehen Sie, meine Tochter verdrägt es nicht, daß man an die Geschichte rührt,“ erklärte Frau Schneider; „sie hat was weg gekriegt diesen Sommer; seitdem pflegt sie auch die Nelke nicht mehr; ich glaube, sie möchte am liebsten, daß die Blume ausginge. Sie wollen gern wissen, wenn wir die letzten Monate eine Blume von dem Stock geschenkt haben? Ja, das kann ich Ihnen leicht sagen; denn das ist erst die zweite Blume, die wir davon abschneiden; und erst ein einziger Mensch hat außer Ihnen eine davon gekriegt.“

Ganz leise verließ das schöne Mädchen bei dem letzten Bericht das Zimmer. Sie tat es nicht auffällig; es sollte nur scheinen, als ob sie draußen irgend etwas zu tun hätte. Dennoch ahnten die Zurückgebliebenen, daß sie vor der Erzählung ihrer Mutter fliehen wollte.

„Da sehen Sie's nun,“ sagte die alte Frau mit verdüstertem Gesicht, „es tut ihr weh, wenn ich nur von der Sache spreche! Ach Gott, man erlebt manches so in aller Stille, wovon die Welt da draußen nichts erfährt; und doch möchte man es hinausstreifen, damit jeder es höre, — doch so einem armen Dinge das Herz geknickt ist von einem, der ohne Strafe ausgeht! Aber man muß schweigen, schweigen — und alles in sich hineinfressen! Wer fragt denn danach, ob hier ein junges Ding zugrunde geht an seinem Jammer? Der am allerwenigsten, der es verschuldet hat.“

Gespant hörten Elisabeth und Meta die Rede der Frau an. So teilnehmend sie sich auch zeigten für das Schicksal des Mädchens, waren sie doch begrifflicherweise selbstständig genug, um mit steigender Ungebuld die Geschichte der Nelke zu erwarten.

„Vielleicht wäre es gut,“ schlug Elisabeth vor, „wenn Ihre Tochter eine Zeitlang von hier fortginge; andere Umgebung, andere Menschen sind oft die besten Heilmittel.“

„Ach,“ warf Frau Schneider ein, während sie sich mit der Schürze die aufsteigenden Tränen aus den matten Augen wischte, „dazu kann ich sie nicht bringen. Sehen Sie, leichtsinnig ist sie nicht, obwohl sie schön ist. Sie hat von jeher ein apartes Gemüt gehabt. Ernst nahm sie alles, und mit der Liebe besonders verstand sie keinen Spaß. Sie können sich denken, wie die Männer ihr nachliefen, — keiner aber konnte ihr nahe kommen, sie besaß alle Egel; — und wie oft sagte sie zu meinem seligen Mann und zu mir: „Ihr braucht keine Furcht zu haben, daß ich euch Schande mache.“ Nun, das hat sie gehalten; aber die Liebe ist doch gekommen — sehen Sie — und für den unrechten, für einen, der von viel höherem Stande war als sie, und der gedacht hatte, er könnte sie nur zum Vergnügen eine Zeitlang für sich haben. Er war Rechtsanwalt, wir mußten damals wegen des Grundstücks mit ihm verhandeln; da kam er in unsere Wohnung von damals, viel öfter, als er nötig hatte. Der hat es verstanden, ihr den Kopf zu verdrehen, dem glaubte sie alles, obwohl ich sie genug gewarnt habe. Dem hat sie auch die erste Nelke gegeben von dem Stocke da, die im letzten Sommer aufbrach, — und sehen Sie, es ist merkwürdig, seit diesem Tage ist er weggeblieben und ist bis heute noch nicht zurückgekommen.“

„Wie hieß der Rechtsanwalt?“ fragten Elisabeth und Meta wie aus einem Munde.

„Der hieß Glaubig,“ entgegnete Frau Schneider, „o, wenn ich doch den Menschen einmal noch wieder sehen könnte, — damit ich ihm wenigstens ins Gesicht rufen könnte, daß er ein Schurke ist, ein Betrüger.“

„Er wird seiner Strafe nicht entgehen,“ sagte Elisabeth sehr ernst; sie war ganz bleich geworden, und eine furchtbare Erschütterung durchdrachte ihre Brust. Sie hätte nicht sagen können, ob es ein gewaltiges Glücksgefühl oder eine unerklärliche, mächtige Angst war, die in ihr brannte.

angenommen: Die heute, am 6. Dezember, im Saalbau tagende, stark besuchte öffentliche Versammlung der Arbeiter Mannheims protestiert mit Entschiedenheit gegen das System der Arbeitsvermittlung, wie es von dem Arbeitsnachweis der Industrie zum Schaden der Arbeiter und gegen die Interessen der Allgemeinheit gehandhabt wird. Die Versammlung betrachtet den genannten Arbeitsnachweis infolge der bekannt gewordenen unerhörten Praktiken desselben als eine unmoralische, gegen die guten Sitten verstoßende Einrichtung. Die Versammlung beschließt dem Arbeitgeberverband und dem Arbeitsnachweis gegenüber, daß derselbe von moralischen und gesetzlichen Gesichtspunkten aus das Recht herleiten kann, die Existenzen vieler Arbeiter und deren Familien in Frage zu stellen. Die Versammlung bekräftigt ferner die Richtigkeit der Behauptung, daß der Arbeitsnachweis der Industrie den Zweck habe, den richtigen Mann an die rechte Arbeitsstelle zu placieren und dadurch die deutsche Industrie konkurrenzfähig zu erhalten. Die Versammlung ist vielmehr der Meinung, daß der Arbeitsnachweis der Industrie hierzu unfähig ist, und daß dieses auch gänzlich der Zweck seines Bestehens sein soll. Der Zweck des Arbeitsnachweises ist vielmehr der, daß durch denselben die Arbeiterbewegung unterdrückt, die Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse verhindert und überhaupt die soziale Lage der Arbeiter zurückgebrängt werden soll, und von diesen Erwägungen ausgehend, fordert die Versammlung im allgemeinen Interesse, daß die Frage der Arbeitsvermittlung gesetzlich geregelt wird und zwar in der Weise, daß es ausgeschlossen, daß die Unternehmer die Arbeitsvermittlung als Waffe gegen die Arbeiter benutzen können und wobei den Arbeitern in der Handhabung des Arbeitsnachweises und in der Verwaltung desselben die volle Gleichberechtigung eingeräumt wird. Die Versammlung weist auf die öffentliche Meinung, auf das unerhörte, jedem Menschlichkeitsgefühl hochsprichende Zirkular des Dr. Moebius an die Arbeitgeber hin, in dem verlangt wird, daß die Frauen und Mädchen der streikenden Arbeiter in den Streikwerken aus der Arbeit entlassen werden sollen, um so die kämpfenden Arbeiterfamilien dem Hunger zu überlassen. Der gleichen öffentlichen Verachtung wird der Beschluß des Arbeitgeberverbandes preisgegeben, welcher verfügt, daß in Mannheim, Ludwigshafen, Frankenthal circa 20 000 am Streik unbeteiligte Arbeiter am 1. Januar 1909 aufs Pfahle gemorren werden sollen. — Eine kolossale Erregung bewährte sich der Versammlung, als bekannt wurde, daß hinter dem Vorhang eine Anzahl Polizisten bemerkt wurden, die dann schleunigst verdufteten. Dieses sonderbare Vorkommnis soll noch näher untersucht werden.

Über den Krebsgang des Hirsch-Dauerischen Gewerkschaftsvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter veröffentlichen die „Metallarbeiterzeitung“ genaue Ziffern. Danach hat der Gewerkschaftsverein, der am 15. Oktober d. J. 37 829 Mitglieder zählte, in zwei Jahren um 12 208 Mitglieder (24,38 Proz.) abgenommen. Die Abnahme verteilt sich auf alle Bezirke. Wenn man die höchste Mitgliederzahl, die der Gewerkschaft am 30. Juni 1906 mit 52 968 erreicht hatte, mit der Zahl vom 15. Oktober 1908 in Vergleich stellt, ergibt sich in 2 1/2 Jahren eine Abnahme von 15 144 Mitgliedern. Die „Metallarbeiterzeitung“ bemerkt hierzu: „Aus der Mitgliederzahl des Gewerkschaftsvereins an einzelnen Orten geht aber auch die wahrheitswidrige Kampfwiese der Hirschführer hervor. Bekanntlich stellt es besonders der „Regulator“ immer so dar, als ob die „Selben“ zum großen Teile aus früheren Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes beständen. Man sehe sich nun zum Beispiel nur die Augsburg'schen Mitgliederzahlen des Gewerkschaftsvereins an: 44 Mitglieder hat er dort in zwei Jahren verloren, der Deutsche Metallarbeiter-Verband dagegen von Ende 1905 bis 30. September dieses Jahres nur 7! Es ist gut, daß wir nun durch die neuen Zahlen des Gewerkschaftsvereins den gemeinen Schwindel des Regulators und seiner Spießgesellen aufdecken können.“

Eine verachtliche gelbe Gründung. Der Verein der Selben bei der chemischen Fabrik von Merck in Darmstadt hat sich aufgelöst; er zählte zuletzt nur noch 17 Mitglieder. Statutengemäß hätte der vorhandene Kassenbestand in eine Unterstützungskasse fließen müssen, doch lehnte die Firma die Forderung ab, weil der Verein die erhoffte Überwindung der Gemerkschaften nicht zustande brachte. Die Entgegennahme des Geldes ab, das nunmehr die 17 Gewerkschaften unter sich verteilen. Dieses Maßwerk macht das Sprichwort von den Dummern, die nie alle werden, zu schanden.

Staatsgefährliche Lehrlinge. Die Breslauer Strafkammer hat gegen zehn früherer und gegenwärtiger Vorstandsmitglieder der freien Jugendorganisation inaktion Geldstrafen von 5 bzw. 6 Mk. verhängt, nachdem

sie vom Schöffengericht freigesprochen worden waren. Sie hatten sich wider den Jugendstrafparagraphen des neuen Vereinsgesetzes insofern vergangen, als in den Mitgliedsversammlungen in je einem Vortrag über die Gewerkschaftsbewegung und über Jugendschutz das politische Gebiet durch die Redner gestreift worden sein soll.

Die Besche Maddob berichtet, daß nur infolge eines Verschens des Lohnrechnungsbureaus Strafgelehrte verunglückter Bergleute für den Monat Oktober bei der Lohnabrechnung in Abzug gebracht waren. „Selbstverständlich“ habe aber die Fehlvorgabe, als sie am Lohnstage hier von Kenntnis erhielt, sofort verfügt, daß alle derartigen Strafgelehrte erstattet werden sollten.

Wegen Ausübung ihres Rechtes gemahregelt. Auf der Freiherrlich von Burgschen Besche in Sachsen wurden 3 Bergleute, die als Kandidaten bei den Knappschichtwahlen aufgestellt waren, gemahregelt.

Die Abnahme der Sterblichkeit. Es ist eine Tatsache, daß die Sterblichkeit der Menschen in den letzten Jahrzehnten zu sinken beginnt. Dies tritt in allen Staaten hervor, doch läßt sich, wie wir einer interessanten statistischen Arbeit von Dr. med. C. Kocse, Dresden, im letzten Heft der „Zeitschrift für soziale Medizin“ entnehmen, nicht minder deutlich die Verschiedenheit der Abnahme, die mehr oder weniger bedeutsame kulturelle Entwicklung in den einzelnen Staaten erkennen. Die Sterblichkeit begann am frühesten in den skandinavischen Ländern, außerdem in England, Schottland, Holland, der Schweiz und gegen Ende der 70er Jahre auch in deutschen Staaten zu sinken. Von dieser Zeit an hören in diesen Ländern die schweren Epidemien infolge ihrer wirksamen Bekämpfung auf, von dieser Zeit an datiert das Aufblühen der Heilkunde und die Verbesserung der sanitären Einrichtungen, sowie die Hebung der Lage der ärmeren Bevölkerung durch die Arbeiterbewegung. Ganz überraschend ist das Sinken der Sterblichkeitsziffern in den letzten Jahren, wie die folgenden Zahlen zeigen. Auf je 1000 Einwohner der mittleren Bevölkerung treffen Sterbefälle:

In den Ländern	Jahr 1881	Jahr 1901	Abnahme in Proz.
Rußland	33,8	—	—
Ungarn	29,9	26,2	12,4
Spanien	29,9	26,1	12,1
Österreich	26,7	24,4	8,0
Bulgarien	26,0	22,7	12,4
Serbien	26,9	22,4	16,7
Italien	24,2	21,9	9,7
Deutschland	22,2	19,9	10,4
Frankreich	21,6	19,6	9,8
Finnland	19,7	17,7	10,4
Schweiz	18,9	17,7	6,8
Irland	18,3	17,6	3,9
Belgien	19,1	17,0	11,0
Schweden	18,5	16,9	8,6
Niederlande	18,4	16,7	12,5
England und Wales	18,2	16,0	12,1
Dänemark	16,4	15,5	5,5
Norwegen	17,5	14,7	16,0
Norwegen	16,2	14,1	9,9

Die relative Abnahme schwankt also zwischen 3,8 bis 16,7 Prozent. Darin kommt die Fortentwicklung der Kultur deutlich zum Ausdruck.

Ein Vertrauensarzt der Rentenkassierten. Dr. Walter Stempel in Breslau ist Vertrauensarzt des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung. Als solcher ist er der Schrecken aller invaliden oder kranken Arbeiter, die auf eine Unfallrente angewiesen sind; zahllos sind die Beschwerden, die kranke Arbeiter gegen diesen Herrn zu erheben haben. Einige dieser Beschwerden wurden in unserem Breslauer Parteiblatt vor einigen Monaten veröffentlicht. Durch zwei solche Veröffentlichungen fühlte sich der Doktor beleidigt und der Staatsanwalt erhob Anklage. In dem einen Artikel wurde darüber Klage geführt, daß der Herr Doktor es nicht der Mühe für wert hält, Männer und Frauen gesondert zu konsultieren. In Gegenwart der Frauen müssen sich die Männer, und in Gegenwart der Männer müssen sich die Frauen teilweise ausziehen. In einem zweiten Artikel hieß es u. a.: Als einer der Patienten in das Untersuchungszimmer, das von dem Wartezimmer nur durch einen Vorhang getrennt ist, trat, wurde ihm von Dr. Stempel sofort gesagt, daß er „arbeitsfähig“ sei. Auf den beschleunigten Einspruch des Patienten, daß er ja versucht

habe, zu arbeiten, aber noch nicht könne, drohte ihm Dr. Stempel mit dem sofortigen Hinauswerfen aus dem Zimmer und einer Anklage wegen Hausfriedensbruchs! Außerdem mußten sich die Patienten noch andere „Liebenswürdigkeiten“ gefallen lassen. So wird Ihnen von Dr. Stempel gesagt, daß sie „arbeitsfähig“ seien und nicht arbeiten wollen“. Er, Stempel, werde aber „den „Wagabunden“ es ausreden, auf Kosten der Krankenkassen zu bummeln“. So oder ähnlich geht es fast in jeder Sprachstunde zu. Wegen dieser beiden Artikel hatte sich der verantwortliche Redakteur der „Volksmacht“ in Breslau vor Gericht zu verantworten. Die Beweisnahme gestaltete sich zu einer verächtlichen Anklage des Systems der Rentenkassierten und ihrer Vertrauensärzte. Wir geben aus der Zeugenvernehmung folgende besonders markante Momente wieder. Zeuge Danner: Ich kam bloß von den Nachtarbeiten berichten. Es war am 11. September, einem Freitag, nachmittags, als ich Dr. Stempel aufsuchen mußte. Damals war eine ausländische gekleidete Frau dort, die eine Fußverletzung hatte. Sie stand, den Fuß entblößt, unter einer ganzen Anzahl von Männern im Konversationszimmer, das nur durch eine Portiere vom Wartezimmer getrennt ist. Ich befürchtete, daß in der Enge ein Mann sie auf den Fuß treten könne. Dann mußte sie den Fuß auf einen Stuhl stellen und das Bein so weit entblößen, daß der Verband angelegt werden konnte. Ich habe es für sehr unpassend gefunden, daß die Behandlung in Anwesenheit der Männer vor sich ging. Ein Mann mußte sich den Oberkörper entblößen. Er ging hinaus und tat dies im Wartezimmer, wo auch Frauen sich befanden. Dann kam er entblößt herein, wo sich doch auch eine Frau befand. Als dann der Artikel in der „Volksmacht“ erschienen war, war es anders. Da erlärte Dr. Stempel bezüglich der Frauen: „Die Weiber müssen jetzt raus, die kommen zuletzt dran.“ Zeuge Weitz: Ich habe gesehen, wie ein Kranker, Adler, gleich wie er hereinkam, gesund geschrieben wurde. Das habe ich noch bei keinem anderen Arzte gesehen. Als der Mann erklärte, dann müsse er zu einem anderen Arzte gehen, rief Dr. Stempel: „Gesund! Faulenzer verfluchte, Ihr wollt bloß die Krankenkassen ausfressen!“ Ich habe gesehen, wie eine Frau sich entkleiden mußte, die unterleibsfraut war. Sie mußte die Binde vom Körper nehmen und zu dem Zweck das Hemd aus den Kleidern heraufziehen. Das geschah im Wartezimmer, in Gegenwart der Männer, weil bei Dr. Stempel alles immer sehr rasch gehen muß. Einmal schimpfte Dr. Stempel und sagte, er werde sich noch einen elektrischen Rauschmeißer anschaffen, und wer dann nicht rasch genug drauhen sei, bekomme einen Schlag, daß er bis auf die Straße fliege. Von der „Volksmacht“ hat Dr. Stempel gesagt, sie könne ihm am Buckel herunterrutschen. Dr. Stempel erklärte die ganze Aussage des Zeugen für unwahr. Ein belästigter Richter: Aber das von dem elektrischen Rauschmeißer kann er sich doch nicht aus den Fingern gesogen haben. Zeugin Frau Jung, 58 Jahre alt, ist arthritisch. Sie wurde von Dr. Stempel, nachdem sie sich entkleidet hatte, heftig an den Schultern geschüttelt, wobei er sagte: „Ihr faule Gesellschaft, Ihr werdet wieder so arbeiten, wie Ihr früher gearbeitet habt!“ Die Frau ist daraufhin weinend hinausgegangen; Dr. Stempel aber hat sie dann wieder zurückgerufen. Zeuge Adler hat beim Bau am Hauptbahnhof eine Verletzung am Finger davongetragen. Er hat deshalb nicht arbeiten können und um einige Tage Schonung gebeten. Außerdem habe er auch eine Verletzung am Kopfe gehabt. Dr. Stempel habe ihn „arbeitsfähig“ erklärt, Lumpy und Wagabund“ geschimpft, ihn an den Haaren geschüttelt und unter Rufen: „Raus, raus!“ zur Tür hinausbefördert. Bei der Gile, mit der er hinaus mußte, habe er seinen Hut verwendet. Mit diesen eblischen Zeugenaussagen war die Beweisnahme im wesentlichen erschöpft. Das Gericht erachtete den vom Angeklagten angetretenen Wahrheitsbeweis in vollem Umfange für erbracht. Es kam trotzdem zu einer Verurteilung in Höhe von 80 Mk. wegen formaler Belästigung. — 80 Mark ist der Prozentsatz schon deshalb wert, weil einmal an Gerichtsstelle dargelegt werden konnte, in welcher unerhörten Weise „Vertrauensärzte“ mit den erkrankten Arbeitern umspringen. Jeder Tierarzt behandelt seine vierbeinigen Patienten humaner als hier ein Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft leidende Arbeiter und Arbeiterinnen „kurte“.

Ein sozialdemokratisches Organ als Amtsblatt. Der Gemeinderat von Boigtzberg bei Olmütz i. B. hat beschlossen, das sozialdemokratische „Sächsisches Volksblatt“ neben einem bürgerlichen Blatte als Publikationsorgan für die Gemeinden zu benutzen.

die mit heißen Strömen durch ihren Körper wogte. Mit geschlossenen Augen sah sie eine Weile da, die Hand ans Herz gedrückt, daß ihr weh tat von der Wucht ihrer Empfindungen. Meta hatte sich nicht enthalten können, einen leisen Freudenschrei auszustoßen. „Gott sei Dank!“ sagte sie, unbedürftlich darüber, daß Frau Schneider sie ganz betroffen ansah. „Können Sie sich noch erinnern, an welchem Tage Glaubig zum letzten Male hier war?“ fragte sie mit leuchtenden Augen. „Es war im Juni, meine Tochter wird auch das Datum wissen; ich will sie danach fragen.“ „Es liegt uns viel daran, das zu erfahren“, sagte jetzt Elisabeth, deren Stimme nach dem niedergelassenen Ausruf ihres Innern einen matten Klang hatte; „Sie mögen sich wundern, daß wir so in Sie drängen, liebe Frau Schneider, aber Sie werden geteilt sein, wenn wir Ihnen erzählen, daß der Rechtsanwalt Glaubig ein schlechter Mensch, — vielleicht ein juristischer Verbrecher ist. Sagen Sie das Ihrer Tochter, — Sie können Gott danken, daß er kein größeres Unglück über Sie gebracht hat.“ Sie versprachen dann der über diese überraschende Enthüllung ganz beschützten Frau, daß sie ihr in einiger Zeit alles ausflären wollten, was sie jetzt noch nicht begreifen konnte: Frau Schneider versicherte dagegen, noch im Laufe des heutigen Tages das Datum mitteilen zu wollen, nur das es sich handelte. „Ich muß nur meine Tochter schonend um alles fragen und ihr vorsichtig beibringen, daß sie ihre Liebe zu einem schlechten Menschen verheiratet hat.“ Sie schnitt bei diesen Worten die weiße Weile vom Stengel und reichte sie Elisabeth. „Ich danke Ihnen, — möge die Blume uns allen zum Heil gereichen“, sagte diese; „grüßen Sie Ihre Tochter und wünschen Sie ihr von mir, daß mit den nächsten Blüten, die der Hellenstod tragen wird, auch für sie eine glückliche Zeit anbrechen möge.“

legten Hals bei ihnen gewesen sei und von ihrer Tochter die Blume erhalten habe. Der zehnte Juni aber war der Tag des Mordes! Sengel telephonierte sofort an August Pluth, der einen Ausruf des Triumphes nicht unterdrücken konnte. Welche Lösung! Elisabeth zitterte noch immer unter dem Eindruck der furchtbaren Ereignisse. Wohl begannen nun die Knoten der vielfach verflochtenen Begebenheiten sich zu entwirren; aber in tiefes Dunkel gehüllt blieben noch die Gründe der unseligen Verbrechen. Würden sich auch diese letzten Rätsel auflären? Was konnte Glaubig zu dem Mord an dem armen Geschöpf getrieben haben, daß er heimlich zu seiner Gattin gemacht hatte? Den Verhaftungsbefehl in der Hand, begab sich der Staatsanwalt Sengel in Begleitung des Detektivs und einiger Kriminalbeamten in die Wohnung des Rechtsanwalts Glaubig; auch die Kette hatte Sengel mitgenommen. Es war Nachmittag, als sie das Haus betraten, in dem der Rechtsanwalt wohnte; sie hatten eine Zeit gewährt, in der sein Bureau leer war. Um die Absicht einer Verhaftung nicht gleich merken zu lassen, verabredeten die Herren, daß der Staatsanwalt sich zuerst allein bei Glaubig melden lassen sollte, während Pluth mit den Beamten unten warten und erst eine kleine Weile nach Sengels Eintritt in die Wohnung sich vor der Entree aufstellen sollte. Sengel wollte dann den Polizeibeamten durch einen Wink zu verstehen geben, wann der Zeitpunkt zur Verhaftung gekommen sein würde. So stieg Sengel allein die Treppen zur Wohnung des Rechtsanwalts hinauf. Die Magd, die ihm auf sein Klingeln öffnete, berichtete, daß der Herr Rechtsanwalt zu Hause sei. Er sei aber krank; seit mehreren Tagen habe er keinen Schritt mehr vor die Tür gesetzt. Sengel wartete nicht ab, bis das Mädchen ihn gemeldet hatte, sondern ging an ihm vorbei und trat ins Wohnzimmer ein. Glaubig, der schliefend am Tische lag, sprang hastig auf, — ganz im Gegensatz zu seiner sonstigen, gemessenen und beherrschten Art. Der Staatsanwalt erschrak, als er jetzt die völlig veränderten, bleiche verzerrten Züge dieses Mannes erblickte. Es war, als sei eine Welle von ihm abgefallen, unter deren latter Unbewußtheit sein wahres Gesicht verborgen gewesen war, ein Gesicht, dem Todesangst

und Gewissenspein einen schrecksvollen Ausdruck aufgeprägt hatten. Seine Wangen waren blutleer, aus den kalten Augen, die sonst keine Regung der Seele verraten hatten, sah nun die Folterqual eines von Schuld und Schicksal zerrissenen Gemütes. Ob eine Ahnung ihm wohl sagte, welchen Zweck der plötzliche und unangemeldete Besuch des Staatsanwalts hatte? Er ballte die Faust und zerknitterte ein Blatt Papier, das vor ihm auf dem Tische gelegen hatte. „Was führt Sie zu mir, Herr Staatsanwalt?“ fragte er, sich noch einmal zu seiner meisterhaft geübten Beherrschung aufraffend. „Kennen Sie diese Blume hier?“ entgegnete Sengel statt der Antwort, indem er dem Wandenden die weiße Nelke zeigte. „Eine solche Nelke lag vor der Leiche der ermordeten Schauspielerin Marietta Goladka. — Ihrer Gattin!“ Er betonte diese Worte mit durchdringender Schärfe. „Sie, — Sie haben an jenem Mordabend eine gleiche Nelke, wie diese, besessen. Der Stock, von dem sie stammt, existiert nur ein einziges Mal! Sie und kein anderer sind der Mörder!“ Glaubig vernahm die furchterliche Anklage, — seine Gesichtszüge zuckten, in seinen Augen erlosch der letzte Glanz — er sank auf das neben dem Tisch stehende Sopha, vernichtete — zermalmt! Vor seinen starren Blicken formte sich die Nelke zu blendenden Kreisen — weißglühenden Kugeln, die ihm bis in das Hirn zu brennen schienen. Er winkte schlaf mit der Hand gegen Sengel hin; dann wollte er reden, doch in der trockenen Kehle schienen ihm die Worte verdorrt zu sein. So bot er seinem weltlichen Richter das trostlose Bild eines von der Last seines Verbrechens zerschmetterten Menschen. Sengel sagte kein Wort mehr. Was half es, diesem Unglücklichen seine Schmach und Schande vorzuhalten? Er wandte sich, um die Tür zu öffnen und, wie verabredet, den Detektiv nebst den Beamten hereinkommen zu lassen. Ein Wort, Herr Staatsanwalt, — ein Wort — steht der Mann, der sich dort unter seinen Qualen wand, nicht heiserer, fast verlagender Stimme — „ein Wort — können Sie mir, ehe Sie mich überliefern.“ (Fortsetzung folgt.)

Kommunalwahlen in Westfalen. Bei den stattgefundenen Kommunalwahlen im östlichen Westfalen hatte unsere Partei schöne Erfolge in der dritten Wählerklasse zu verzeichnen. Im Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrunn wurde in der Gemeinde Heepen unser Genosse mit 117 Stimmen gegen zwei Gegner, die 17 und 22 Stimmen erhielten, gewählt. In der kleinen Gemeinde Herentrup erhielten wir 23, zwei bürgerliche Kandidaten 19 und 11 Stimmen. In der Stichwahl unterlagen wir mit 24 gegen 32 Stimmen. Im Wahlkreis Herford-Balle entsfielen in Herford auf unsere fünf Kandidaten 1059 bis 1080 Stimmen. Vier Bürgerliche wurden mit 1114 bis 1121 Stimmen gewählt, während für das fünfte Mandat zwei Wilschmalch-Kandidaten aufgestellt waren, die jeder 570 Stimmen erhielten. Dadurch gelangte 1 Genosse in auskömmliche Stichwahl. Gegen die letzte Wahl gewannen wir 419 Stimmen, die Bürgerlichen verloren 168. Im Enger wurde der erste Sozialdemokrat mit 116 gegen 75 konservativ und 34 christliche Stimmen gewählt. In Bliotha wurden 2 Genossen gewählt. In Spengde (bekannt durch die „Schlacht bei Spengde“ des Pastors Frau) wurde unser Kandidat ein Tabakarbeiter, mit 75 gegen 40 christliche, 36 konservative und 6 nationalliberale Stimmen gewählt. Im Wahlkreis Minden-Lübbecke siegte in Rehme unser Kandidat mit 97 Stimmen. In Lübbecke haben wir eine Stichwahl. Unsere 2 Kandidaten erhielten 81 und 76 Stimmen, 8 Gegner 119, 77 und 42 Stimmen. In Verlinghausen (Tipp) wurden zu dem einen sozialdemokratischen Vertreter der 3. Klasse 2 weitere Genossen mit 161 und 156 Stimmen gegen 109 und 87 bürgerliche Stimmen gewählt. Die ganze dritte Klasse ist nunmehr in unserem Besitz.

Der Fall Hoffmann. Unseren Lesern ist bekannt, daß der jetzige sozialdemokratische Landtagsabgeordnete für Kaiserlautern, Hoffmann, nicht nur bei der offiziellen Befassungsliste seiner Kandidatur „freiwillig“ aus dem Volksschuldienst schied, sondern daß ihm nach seiner Wahl auch der Unterricht an der städtischen Fortbildungsschule in Kaiserlautern untersagt wurde. Während die bayerischen sozialdemokratischen Blätter sich in tiefes Schweigen hüllten, bespricht jetzt die bürgerliche Presse den Fall. So sagt heute die „Frankf. Ztg.“:

Der ehemalige Volksschullehrer, jetzige sozialdemokratische Abgeordnete Hoffmann hatte, wie damals gemeldet, schon vor seiner Wahl, aus verschiedenen Gründen, auf seine Tätigkeit an der Volksschule verzichtet und nur noch den Unterricht an der Fortbildungsschule in Kaiserlautern beibehalten. Die Regierung hat ihm nun vor kurzem die Abhaltung dieses Unterrichts ohne weitere Motivierung untersagt. Es ist anzunehmen, daß der Refuz, den Hoffmann an das Kultusministerium gerichtet hat, kein anderes Resultat herbeiführen wird. Wir hatten seinerzeit unser Bedauern darüber ausgesprochen, daß Hoffmann durch seinen freiwilligen Rücktritt die Regierung und die Parteien der Aufgabe überhoben hat, zu der Frage Stellung zu nehmen, ob ein Lehrer, der sich öffentlich zur Sozialdemokratie bekennt und für sie wirkt, um Amte bleiben kann. Es zeigt sich nun, wie berechtigt unser Bedauern war. Einem energischen Vorgehen gegen die Regierung auf Grund des jetzigen Verbotes ist durch den früheren freiwilligen Rücktritt Hoffmanns der Boden entzogen, und aus der lauen Art, mit der die sozialdemokratische Presse die Angelegenheit behandelt, wird erkenntlich, wie wenig angenehm ihr eine Situation ist, die sie durch den freiwilligen Verzicht eines ihrer Genossen der besten Waffe im Kampfe um die Gleichberechtigung beraubt hat.

Leider ist diese Kritik, die das bürgerliche Blatt an der sozialdemokratischen (soll natürlich heißen: bayerischen sozialdemokratischen) Presse übt, berechtigt. Es ist hierzu zu konstatieren: 1. Auf dem Parteitag in Nürnberg wird im Budgetbericht von bayerischer Seite erklärt, in Bayern herriche im Gegensatz zu Norddeutschland so viel politische Freiheit, daß die Sozialdemokratie einen Volksschullehrer als Landtagskandidaten aufstellen könne, ohne daß dieser Maßregelung zu befürchten brauche. 2. Nach Proklamierung seiner Kandidatur legt Hoffmann „aus persönlichen Gründen“ nach Unterredung mit einer „höheren Stelle“ sein Amt als Volksschullehrer nieder. 3. Auf das berechtigte Befremden der norddeutschen sozialdemokratischen Presse antworten bayerische Genossen durch ein Zirkular, worin sie ersuchen, die Sache bis nach erledigtem Wahlkampf unverändert zu lassen; dann werde ausgiebige Erklärung erfolgen. 4. Hoffmann wird gewählt, aber die versprochene Auskunft erfolgt nicht. 5. Hoffmann wird aus seiner Stellung an der Fortbildungsschule gemäßigelt; aber noch immer bleibt die Erklärung für sein Ausscheiden aus dem Volksschuldienst aus und von der Maßregelung nimmt die bayerische sozialdemokratische Presse lakonisch Notiz. Weiter nichts!

Wir meinen, daß unsere bayerischen Parteiblätter alle Ursache hätten, nun endlich der sozialdemokratischen Partei Deutschlands öffentlich Auskunft zu erteilen, wie der „Fall Hoffmann“ in seinen Einzelheiten liegt. Allerdings kann sich dabei herausstellen, daß in Bayern die sozialdemokratische Gesinnung, wo sie getroffen werden kann, ebenso bestraft wird, wie in Preußen, und daß gar kein Grund vorliegt, der bayerischen Regierung wegen besonderer Loyalität gegen unsere Partei das Budget zu bewilligen.

Günther (Wpt.): Auch wir bedauern die Beschleunigung dieser Vorlage. Viele sachliche Einwendungen, so die großen Bedenken der Vogtländischen Stickerei- und Spitzen-Industrie, sind von der Kommission gänzlich beachtet worden.

Stresemann (natl.): Auch wir bedauern die weite Interessentkreise keine Zeit hatten, ihre Bedenken gegen die Kommissionsbeschlüsse vorzubringen. Soweit Neuierungen vorliegen, wenden sie sich gegen die weitergehenden Beschlüsse. Die von Herrn Günther erwähnten Arbeiterinnen sind sicher unbeeinflusst und von der sozialdemokratischen Presse in Sperddruck gewarnt worden. Prinzipiell ist uns die Verhinderung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen sympathisch. Wir halten aber die Regierungsvorlage für die geeignete Grundlage. (Bravo! b. d. Natl.)

Stadthagen (SD.): Über die Kommissionsverhandlungen sind in der sozialdemokratischen und Zentrums Presse ausführliche richtige Referate erschienen, die Fabrikanten waren also unterrichtet. Das beweisen ja auch die eingegangenen Petitionen. Von einer Überhaftung kann keine Rede sein, im Gegenteil, die Vorlage ist bedauerlicherweise und nicht ohne Mitschuld der Regierung verzögert worden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Gegen die Vorlage wendet sich nur ein kleiner Teil der Industriellen, diejenigen nämlich, die noch der rückständigen Ansicht sind, Arbeiter seien nur dazu da, um ihre Arbeitskraft dem Arbeitgeber voll zur Verfügung zu stellen, ohne Rücksicht auf Schädigung ihrer Gesundheit und Sittlichkeit und der Gesundheit ihrer Nachkommenschaft. Wenn der Reichstag auf diese Einwände auch nur das Geringste geben würde, wäre es bedauerlich. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Gegen Herrn Camp stelle ich fest, daß wir auch bei Annahme aller Beschlüsse doch noch bezüglich Arbeiterschutz weit hinter dem zurückbleiben, was in England seit 1848 besteht. (Hört! hört! b. d. Soz.) Damals wurde dort der Zehnstundentag für Jugendliche bis zum 18. Jahre eingeführt, während man hier es ablehnte, über 16 zu gehen. Das Resultat unserer Beratungen ist eine ungenügende Abschlagszahlung und bleibt weit zurück hinter dem, was gewerkschaftliche Kämpfe vielfach bereits erreichten. Allerdings, wer noch nicht eingesehen hat, daß erhöhter Arbeiterschutz der Industrie nur von Nutzen ist, der ist überhaupt nicht zu überzeugen. In Bern wurde hervorgehoben, daß die Beschlüsse ein Mindestmaß für die Kulturstaaten sein sollen. Die Herren Camp und Henning scheinen aber die Berner Beschlüsse als Maximum zu betrachten. Wir bedauern, daß, entgegen unserm Antrag, die ganze Frage auf die Betriebe von mehr als 10 Arbeitern beschränkt ist, was die Berner Konvention als Minimum verlangt. Dänemark, Italien, Belgien haben z. B. die Grenze bei 5 gezogen. Die Herren, die immer die nationale Ehre im Munde führen, sollten sich schämen, wie wir zurückstehen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Zu der Behauptung, daß Arbeiterinnen gegen den Schutz sind, können Sie nur ein Papier vorzeigen mit Namen von Arbeiterinnen, aber daß es eine Arbeiterin gibt, die gegen den Schutz ist, das stimmt nicht! Das gleiche Wanders ist bereits 1831, 1844 und 1847 in England gemacht worden. Auch damals kamen solche Petitionen von Arbeiterinnen vor. Die Gewerbeinspektoren stellten dann aber fest, daß auf Befragen auch nicht eine Arbeiterin sich gegen den Schutz erklärt hat, sondern alle sich für einen noch weitergehenden Schutz aussprechen. In Dresden wurde den Arbeiterinnen eine Petition vorgelegt, mit dem Bemerkens, sie sei gegen die Tabaksteuer. (Lachen bei den NL, Sehr richtig! b. d. Soz.) Eine von weit über 1000 Arbeiterinnen besuchte öffentliche Versammlung hat am letzten Freitag in Dresden gegen diese Art Hege gegen die Arbeiterinnen Stellung genommen. Eine ganze Reihe hat erklärt, daß sie von dem Inhalt der Petition zu deren Unterschrift sie genötigt worden seien, keine Kenntnis gehabt haben. (Hört, hört!) Es finden sich unter den Namensunterschriften solche von ausländischen Arbeiterinnen, denen man anfieht, wie schwer es den Betreffenden fiel, auch nur ihren Namen zu schreiben. Solche Arbeiterinnen vermögen auch nicht in 3 Stunden eine umfangreiche Petition durchzuführen. Gewiß hat man in jener Zigarettenfabrik ihnen nicht soviel Zeit gegeben. Die letzte Seite ist vom Werkmeister vorgelegt worden, der erklärte, es handele sich um einen Protest gegen die Tabaksteuer. Sehr bedauerlich ist es, daß der Schutz der Heimarbeiterinnen abgelehnt wurde, sowie Ablehnung unseres Antrages betr. die Betriebe, in denen zu erziehen durch „Betriebe, für die“. Die jetzige Fassung muß zu einer Umgehung des Gesetzes führen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Was ist denn eigentlich erreicht? Das Verbot der Nachtarbeit für Arbeiterinnen und Jugendliche von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens; ein kleiner Fortschritt, der kaum der Rede wert ist! Die ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 11 Stunden anstatt wie früher 9, ist auf dem Papier zweifellos ein Fortschritt, in Wahrheit ist das aber in den meisten Fabriken durch die gewerkschaftlichen Organisationen bereits durchgeführt. Dieser Erfolg wird die Arbeiterinnen hoffentlich überzeugen, daß es eine Pflicht der Selbsthaltung ist, der Organisation in Masse beizutreten. Als einzelner ist der Arbeiter der schrankenlosen Willkür des Unternehmers ausgeliefert. Durch Zusammenschluß erlangt die höchste Ware, die wir haben, die Arbeitskraft erst den Schutz, den sonst jede Ware haben kann. Die Arbeiter müssen sich also organisieren. (Zuruf b. d. Natl.: Hoffentlich nicht!) Dieser Zuruf zeigt, daß Sie die wahre Arbeitskraft geringer achten, als ein paar Lumpen oder einen Sad Kaffee. (Große Unruhe b. d. Natl. und rechts Zurufe v. d. Natl. Glocke des Präsidenten.) Herr Damm, es ist kulturwidrig, wenn man hofft, daß die Arbeiter sich nicht organisieren, um bessere Arbeitsbedingungen zu erringen. Einen so tiefen Standpunkt hat Ihre Partei 1869 nicht eingenommen. Sie aber, Herr Damm, haben gezeigt, auf welchem Standpunkt die Nationalliberalen jetzt angekommen sind. Ich danke Ihnen für das Geständnis. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Eine weitere kleine Verbesserung ist die Herabsetzung der Arbeitszeit am Sonnabend um eine halbe Stunde. Da klagt man auf der Rechten über Ruin der Industrie! Das sind dieselben Herren, die immer für die Sonntagsruhe eintreten, und welche einen Schutz der Handelsangestellten wünschen. Wer nun für eine Höchstleistungszeit aus gesundheitlichen und sittlichen Gründen eintritt, muß auch unter allen Umständen der Umgehung des Gesetzes einen Riegel vorchieben. Die Herren, die ein Fetermorbid darüber aufstimmten, daß der § 187a in das Gesetz gekommen ist (Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause), haben damit zu erkennen gegeben, daß sie Bestimmungen wünschen, die der Umgehung Tür und Tor öffnen. — Das Gesetz bringt vom 1. Januar 1910 eine Höchstleistungszeit von 10 Stunden statt von 11. Wir haben wiederholt dargelegt, daß das eine ungenügende Abschlagszahlung ist, weil heute schon nach schweren Kämpfen über zwei Drittel der Fabrikarbeiterinnen eine Zehnstundenarbeit errungen haben, 20 Prozent sogar schon eine solche von 9 Stunden. Da wäre es nötig gewesen, den Arbeitstag von 9 Stunden einzuführen und später auf 8 herabzusetzen. (Zust. b. d. Soz.) Und das wäre auch durchführbar. Eine Reihe von Staaten hat bereits viel weitergehende Bestimmungen. England hat seit 1878 nicht nur für Arbeiterinnen, sondern auch für jugendliche Arbeiter bis zu 18 Jahren den zehnstündigen Arbeitstag. Eine weitere Verbesserung ist die Erhöhung der Schonzeit für Arbeiterinnen, die einer Nieder-

kunft entgegensehen oder sie gehabt haben, von 8 auf 8 Wochen. Der Schutz müßte aber mindestens 12 Wochen betragen. Wir bedauern, daß eine solche Bestimmung nicht angenommen und ebenso, daß nicht bestimmt ist, daß der Arbeiterin die Stelle offen gehalten und während der Schonzeit ihr Entgelt gezahlt werden muß. Eine weitere Verbesserung ist die Bestimmung, daß Arbeiterinnen aus gesundheitlichen Rücksichten nicht in Kokerellen und zum Transport von Materialien bei Bauten verwendet werden dürfen. Redner empfiehlt den Antrag seiner Partei, die Arbeitszeit am Sonnabend allgemein auf 7 Stunden herabzusetzen, die Höchstleistungszeit auf 57 Stunden zu bemessen, und wendet sich alsdann gegen den Antrag Stresemann und Manz, welcher die Ausnahmezeit von 40 auf 50 Tage erhöhen will. Schon die Ausnahmezeit von 40 Tagen geht weit über das Bedürfnis hinaus und verleitet zur Umgehung des Gesetzes. Die Vorteile der ganzen Vorlage sind außerordentlich minimal, und es ist besonders bedauerlich, daß dieser kleine Abschnitt der Gewerbeordnung aus dem Rahmen der Kommission herausgenommen ist, wo ein einheitliches Arbeiterrecht geschaffen werden sollte. Da wir beim Bloed ein sehr geringes soziales Empfinden sehen, beschränken wir uns darauf, nur den einen Antrag auf Herabsetzung der Arbeitszeit am Sonnabend einzubringen, von dem wir hoffen, daß die Mehrheit für ihn stimmt. Aber dringen möchte ich bitten, jeder Verschlechterung entgegenzutreten, sonst nehmen Sie wieder, was endlich nach monatelangem Kampf errungen ist. (Leb. Bravo!)

Erzberger (Z.): Die Interessen der Industriellen, über deren Nichtbeachtung Herr Camp sich beklagt, sind durch die Herren Stresemann und Schmidt-Menten in der Kommission mit größter Bereitwilligkeit vertreten worden. Derartige Einwendungen sind Scheingefechte, sie sollen verdecken, daß man in der Sozialpolitik nicht voran will. Die Beschlüsse der zweiten Lesung befriedigen uns nicht förmlich, aber wir sind bescheiden. (Heiterkeit.) Da uns erklärt wird, daß der Antrag der Nationalliberalen und Freisinnigen, die Zahl der Ausnahmetage auf 50 zu erhöhen, eine unerlässliche Bedingung ist, so werden wir als praktische Realpolitiker zustimmen, bitten Sie aber, nicht noch weiter an den Schutzbestimmungen abzurückeln. (Bravo! i. Zentr.)

Stresemann (NL) wendet sich gegen die Vorwürfe des Abg. Stadthagen, daß in Dresden die Arbeiterinnen in einer Zigarettenfabrik getäuscht worden seien. Damit schließt die Generaldiskussion.

Die Paragraphen bis 136 werden debattelos angenommen.

Zu § 137 (Verbot der Nachtarbeit und Zehnstundentag der Arbeiterinnen, der an den Vorabenden der Sonn- und Freitage auf 8 Stunden herabgesetzt ist) beantragen die Abgg. Albrecht und Genossen (Soz.), die Arbeitszeit an den Vorabenden auf 7 Stunden zu beschränken.

Manz (Zp.) wendet sich gegen den Antrag Albrecht. Man solle niemand mit Schutzbestimmungen beglücken, deren er nicht bedarf. Auch muß Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie genommen werden. Ein freier Sonnabend nachmittag ist ja schon, aber unsere Arbeiter wissen mit ihm gar nichts anzufangen. (Stürmische Heiterkeit bei den Soz.) Die Arbeiterfrauen würden uns heftige Vorwürfe machen! (Erneutes Lachen bei den Soz.) Die deutschen Arbeiter müssen erst ganz anders werden, dann kann man an einen freien Sonnabend nachmittag denken. (Beifall beim Bloed.)

Mollenbaur (SD.): Ich vermag nicht einzusehen, in welcher Weise die Einführung des Zehnstundentages an Sonnabenden die Exportfähigkeit unserer Industrie erheblich schädigen sollte. Ich meine, daß unsere Industrie heute auf einem höheren Standpunkte steht, als die englische im Jahre 1848. England und Amerika haben heute höchstens einen Sechsstundentag am Sonnabend, und zwar für alle Arbeiter. Herr Manz glaubt nun, unsere Arbeiter würden mit einem freien Sonnabend nachmittag nichts anzufangen wissen. Ich habe lange unter ihnen gelebt, bin selbst Arbeiter gewesen und schäme die deutschen Arbeiter höher ein. Es wäre sehr gut, wenn sie die Vergnügungen vom Sonntag auf den Sonnabend verlegen könnten, damit sie Montag frisch sind. Auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes zeigt Deutschland das Gegenteil von Kühnheit und Tat. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Zu § 137a (Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause) bemerkt

Günther (Wpt.): Diese Bestimmungen werden vielfach gar nicht durchführbar sein. Die Arbeiter werden einfach von anderen Familienangehörigen abgeholt werden. Die Petition der Arbeiterinnen entsprang zweifellos freiem Antrieb. (Bravo! b. d. Freil.)

Danisch (Wp.): Die Ablehnung liegt im Interesse der Arbeiter.

Stresemann (NL): Wer die Verbindung der sächsischen Industrie mit der Heimarbeit kennt, wird verstehen, daß alle bürgerlichen Abgeordneten aus Sachsen gegen den Paragraphen sind. Wir werden dafür stimmen, weil wir mit seinem Prinzip, den Zehnstundentag nicht zu gefährden, einverstanden sind.

Wagner (R.) schließt sich als Sachse den Vorrednern an.

Mollenbaur (SD.): Entschuldigen Sie, wenn ich mich in den Konzern der Sachsen dränge. (Heiterkeit.) Diese sind empört, daß der Versuch gemacht werden soll, mit dem Arbeiterschutz in die Heimindustrie hinüberzugreifen. Ich werde eine andere Melodie singen. Redner verliest ein Gutachten über die Schädlichkeit der Heimindustrie. Dieses Gutachten der Handelskammer von Plauen von 1890 (Leb. Hört, hört! b. d. Soz.) wird Herr Güntner nicht mit der Behauptung erledigen wollen, daß es von Leuten stammt, die die Verhältnisse von Plauen nicht kennen. Herr Stresemann sagt, andere Familienangehörige werden die Arbeit abholen, aber der Unternehmer wird schon wissen, wer die Arbeit macht, und die Gewerbeinspektoren werden es auch herausbekommen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wer es so hinstellt, als ob diese Gefesgebung vom grünen Tisch gemacht würde, der bedient sich lediglich einer Maske, um seine wahren Absichten zu verbergen. (Bravo! bei den Soz.)

§ 137a wird angenommen, ebenso § 138. Zu § 138a (Längere Beschäftigung der Arbeiterinnen bei außergewöhnlicher Fällung der Arbeit an im ganzen 40 Tagen, resp. 2 Wochen dauernd) beantragen die Abgg. Manz (Wpt.) und Stresemann (natl.), die Gesamtzahl der Ausnahmetage auf 50 zu erhöhen. Doch soll im Betriebsjahresdurchschnitt die 10stündige Arbeitszeit nicht überschritten werden.

Güntner (Wpt.) befürwortet den Antrag.

Sch (SD.) bekämpft den Antrag und bedauert, daß das Zentrum, entgegen seiner Stellungnahme in der Kommission und bei der 2. Lesung, nunmehr für diesen Verschlechterungsantrag stimmen wolle. Es liegt gar kein Grund vor, für Überarbeit weitgehende Ausnahmen zu gewähren. Auch dem wahren Interesse der Industrie ist damit nicht gedient. (Beifall b. d. Soz.)

Erzberger (Z.) sucht den Unfall seiner Partei damit zu rechtfertigen, daß mit der Annahme des Antrages Manz-Stresemann ja nicht die Summe der Jahresarbeit erhöht werden soll.

Stadthagen (SD.) weist nach, daß die Klausel im Antrag Manz-Stresemann, betreffend die Nichtbeschränkung

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 9. Dezbr. 1908.

179. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Bethmann-Hollweg. Das Übereinkommen mit Österreich und Ungarn, betreffend den gegenseitigen gewerblichen Rechtsschutz, wurde in dritter Beratung debattelos bewilligt. Es folgt die dritte Beratung der Novelle zur Gewerbeordnung, betreffend den Arbeiterschutzes.

Herr v. Camp (Mp.) bedauert, daß dem Wunsch der Industriellen, die Beratung bis nach Weihnachten zu verschieben, nicht entsprochen ist. Man könne nicht wissen, ob unsere stärksten Konkurrenten, England und Belgien, der Berner Konvention beitreten.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg zweifelt nicht daran, daß speziell England und Belgien der Berner Konvention beitreten werden und erinnert, daß der Reichstag den Beitritt des Reiches schon seit längerer Zeit beschlossen hat.

Henning (R.): Wir sind prinzipiell mit einer Verhinderung des Arbeiterschutzes einverstanden, wollen aber nicht über die Regierungsvorlage hinausgehen. Die Beschlüsse der zweiten Lesung gehen weit über die Berner Konvention hinaus und es ist zu bezweifeln, daß Belgien und England sich dem anschließen. Nicht nur von Arbeitgebern haben wir Petitionen gegen die Vorlage erhalten, sondern auch eine von 2000 Arbeiterinnen.

Aus dem Gerichtssaal.

Soldatennikhandlung durch einen Leutnant. Ein Fall von Mißhandlung und Beleidigung eines Untergebenen stand vor dem Kriegsgericht der 9. Division in Glogau zur Verhandlung. Die Anklage richtete sich gegen den Leutnant Julius Dräger vom Infanterieregiment Nr. 18 in Görtz. Dräger hatte den Musikant Schäfer, der infolge des Lärms während einer Übung einen Befehl des Leutnants mißverstanden, unter befehlgebenden Umständen etwa zehnmal im Exerzierhause hinlegen lassen. Dabei bewarf er den am Boden Liegenden mit Sand. Nur durch eine schnelle Rückwärtswendung seines Körpers hatte Schäfer verhütet, daß er von seinem Vorgesetzten mit den Füßen gestoßen wurde. Als Schäfer sich wieder erhoben hatte, packte ihn der Leutnant am Halse und ließ ihn sich vor dem Verlassen des Exerzierhauses noch zweimal hinlegen. Der Angeklagte, der erst vor kurzem wegen Mißhandlung Untergebener eine Strafe von zehn Tagen Stubenarrest erlitten hat, wurde jetzt zu vier Wochen Stubenarrest verurteilt.

Ein Deputierter als Verbrecher. Aus Pointe à Pitre, der Hauptstadt der französischen Kolonie Guadeloupe, wird gemeldet, daß der Regierdeputierte Legitimus wegen Veruntreuung zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wurde.

Aus Nah und Fern.

Die Tragödie eines Arztes. Unter eigenartigen Umständen hat der in Elbing praktizierende Arzt Dr. med. Ligowski, wie kurz gemeldet, Selbstmord verübt. Der Arzt, der im Alter von 37 Jahren stand, hatte vor einiger Zeit ein Verhältnis mit einer Verkäuferin begonnen, die sich ihm unter falschem Namen genähert hatte. Sie hieß Berta Klein und stand im Alter von 22 Jahren. Berta Klein, eine hübsche Erscheinung, hatte bereits früher Verhältnisse mit verschiedenen Männern unterhalten und stand in üblen Ruf. Diese Tatsache wurde Dr. Ligowski aber erst vor wenigen Tagen bekannt. Die Entdeckung über das Vorleben seiner Geliebten verwirrte den als feinfühlig bekannten Mann derart, daß er sich vor der Gesellschaft, in der er verkehrte, vor seinen Verwandten und Patienten aufs äußerste bloßgestellt fühlte. In der Nacht zum Sonnabend kam es zur Katastrophe. Es scheint, daß Dr. Ligowski mit dem Mädchen zusammen aus dem Leben scheiden wollte. Was im einzelnen in jener Nacht geschah, kann nicht mehr festgestellt werden, da beide Beteiligten nicht mehr unter den Lebenden weilen. Jetzt steht nur, daß Dr. Ligowski eine Flasche Cyankali in seiner Wohnung hatte, die ihm das Mädchen aus der Hand riß. Berta Klein trank, ehe der Arzt sie daran hindern konnte, aus der Flasche. Dr. Ligowski versuchte, der Vergifteten den Magen auszunippen, seine Bemühungen mißlang, und die von ihm herbeigerufenen Ärzte konnten nur den Tod des Mädchens feststellen. Die Polizei unterwarf den Arzt verschiedener eingehender Verhöre, und da sie keinen Angaben Glauben zu schenken schien, so verschlimmerte sich der seelische Zustand Dr. Ligowski's noch mehr. Er glaubte den Verdacht, daß er etwa als der Mörder des Mädchens in Betracht komme, nicht auf sich beruhen lassen zu können. Er irrte hilflos in der Stadt umher, hielt keine Sprechstunden mehr ab und ergab sich im Gegensatz zu seinen früheren Gewohnheiten dem Alkohol. In mehreren Vorlesungen versuchte er, sich Cyankali zu kaufen, was ihm jedoch verweigert wurde. Ein Apotheker, der mit Dr. Ligowski von früher her befreundet gewesen war, meubete dies der Polizei, die den Arzt, um ihn vor weiteren Schritten zu bewahren, verlor. Diese Vorladung faßte Dr. Ligowski als Verhaftung auf. In dem Moment, als er sich auf dem Wege zum Polizeiamt vor dem Rathause befand, sah er einen Revolver aus der Tasche und steckte sich durch einen Schuß in die rechte Schläfe. Seine Leiche wurde beschlagnahmt. Das Schicksal des Dr. Ligowski, der sich großer Achtung erfreute, ereignete allgemeine Teilnahme.

Geldschrankdiebe. Ein Einbruchsdiebstahl ist in Seelze bei Hannover in der Nacht zum Sonnabend verübt worden. Der sechs Zentner schwere, eine halbe Million Mark in Wertpapieren (Eigentum der Kirchengemeinde und von etwa 30 kirchlich verwalteten Kassen) enthaltende Geldschrank wurde aus der Registrierung des Pfarrhauses gestohlen, auf einem Wagen in die Leinwiefen gefahren und dort mittels einer in das Schlüsselloch gesteckten Patronen Sprengung. Der Raub hatte infolgedessen für die Diebstahler nur geringen Erfolg, da sie mit den Wertpapieren 250 000 Mk. Hypothekendarlehen und 150 000 Mk. Obligationen nicht anfangen konnten. Sie nahmen daher nur die Zinsscheine der letzteren mit, doch sind die Kassen bereits beschlagnahmt. Als der Tat verdächtig kommen drei Männer in Betracht, die nachts am Pfarrhause gesehen worden sind.

Mord im Eisenbahnzug? Aus Trier wird gemeldet: In einem Abteil zweiter Klasse des gestern früh 6 Uhr 40 Minuten von Koblenz hier eingetroffenen Personenzuges wurde ein junger Mann erschossen aufgefunden. Der Mord muß kurz vor Trier geschehen sein, denn der Körper des Getöteten hatte, als er aufgefunden wurde, noch die volle Lebenswärme. Der mutmaßliche Mörder und der Gemordete hatten den Zug in Koblenz gemeinsam bestiegen. Sie waren beide elegant gekleidet und schienen miteinander befreundet zu sein. Als der Zug in Trier kam, enteilte ein junger Mann, der nach der Beschreibung der Begleiter des Ermordeten gewesen ist, dem Zuge und entfernte sich nach der Stadt. Die Personalien des Ermordeten oder des Begleiters konnten bisher nicht festgestellt werden. Der Kopf des Toten weist zwei Schusswunden auf. Der Schusskanal verläuft von hinten nach vorn. Neben der Leiche wurden zwei Patronen gefunden. Ferner liegt noch folgende Meldung vor: Der im Koblenzer Zug ermordet Aufgefundene ist der Versicherungssagen Kurt Regel aus Trier. Als er in Koblenz den Zug bestieg, hatte er keine Fahrkarte. Er erklärte dem Schaffner, sein Freund löse die Karte. Gleich darauf erschien dieser mit zwei Willetts zweiter Klasse, es waren die einzigen Karten zweiter Klasse, die gelöst wurden. In Trier wurde von einem blühenden, sich häufig entfernenden jungen Manne nur eine Karte zweiter Klasse abgegeben; bei der Leiche wurde keine gefunden. Der Mitreisende ist als der Stadtbauingenieur Maag aus Trier ermittelt worden. Er behauptet, Regel habe sich selbst erschossen, während er (Maag) sich auf dem Abort befand. Bei der Leiche wurden 6 Mk. gefunden.

Töblich verunglückt. wie wir vorgestern bereits kurz meldeten, in Colmar im Elsaß die im Mecklenburgischen Jäger-Regiment Nr. 14 dienenden Jäger Becker I und Hei der 2. Kompanie. Die beiden sind auf der Strecke der Wingenheim-Golmarer Bahn vom Zuge überfahren und getötet. Bei der Rückkehr von einem Spaziergang sind sie wahrscheinlich infolge starken Nebels auf den

der täglichen Arbeitszeit im Jahresdurchschnitt, vielfach ungenutzt bleiben wird, da ja garnicht gefaßt sei, daß alle Arbeiterinnen der angebl. Vergünstigung teilhaftig werden würden. Theoretisch sei es sogar möglich, daß Arbeiterinnen beim Wechsel ihrer Arbeitsstätte 100 Tage im Jahre Mehrarbeit leisten. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Der Antrag Stresemann-Mann wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Bei § 189a, der die Ausnahmetage für Betriebe mit Feuerarbeit und ununterbrochener Tag- und Nachtarbeit betrifft, wird die Zahl dieser Ausnahmetage auf Grund eines weiteren Antrages Mann-Stresemann gegen die Stimmen der Sozialdemokraten ebenfalls auf 50 normiert.

Im Art. 5 wird ein Antrag Henning (M.), das Verbot der Frauenarbeit in Kokereien erst am 1. Januar 1912 in Kraft treten zu lassen, nach Besichtigung durch den Antragsteller und nach Bekämpfung durch den Abg. Stadthagen (SD.), der auf die Überflüssigkeit einer so langen Frist hinweist, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

In der Gesamtabstimmung wird der Gesetzentwurf angenommen.

Darauf wird die Beratung des Stats fortgesetzt.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Bei der Annahme des Sprachenparagraphen des Vereinsgesetzes hat sich keine Partei in einer Täuschung über die Tragweite ihrer Entschlüsse gefunden. Niemand ist auch im Zweifeln gewesen über die äußerste Grenze, welche die Regierung in dieser nationalen Frage festhalten entschlossen ist. Wir waren uns alle einig, daß es gerade beim Vereinsgesetz weniger auf den Wortlaut, als auf die Art ankommt, in der es gehandhabt wird. (Sehr richtig!) Deshalb habe ich wiederholt erklärt, daß das Gesetz nicht in kleinteiliger vegetarischem Sinne ausgeführt werden sollte. (Bravo! b. d. Soz., hört! hört!) Auch habe ich durch ein Rundschreiben an die verbundenen Regierungen auf die Erklärungen vom Bundesratstisch aufmerksam gemacht. Die verbundenen Regierungen haben ihre Behörden über die Anwendung des Gesetzes instruiert und die Funktionen sind zum großen Teil in der Presse veröffentlicht und besprochen worden. In Süddeutschland ist man damit durchaus zufrieden. Das sächsische Ministerium hat den mit dem Vollzug des Gesetzes betrauten Organen aufgegeben, sich bei seiner Anwendung von jeder Schikane oder Nabelschlingerei fernzuhalten. (Hört! hört! b. d. Soz.) Breußen hat seine Beamten darauf hingewiesen, daß die Praxis, an die sie sich gewöhnt hatten, nicht mehr zulässig sei. Das Gesetz bezwecke die Befreiung der Reichsangehörigen bei ihrem Vereins- und Versammlungsgesetz von allen unnötigen Beschränkungen. (Beifall b. d. Soz.) Behördliches Eingreifen soll daher niemals in kleinteiliger, unnötig rügender Weise erfolgen, sondern nur zum Schutz eines erheblichen Staatsinteresses. Der preussische Minister des Innern spricht in der Instruktion die Erwartung aus, daß begründete Beschwerden darüber, daß Personen wegen ihrer Zugehörigkeit zu Vereinen oder wegen ihrer Teilnahme an Versammlungen in ihrem Berufsleben geschädigt werden, in Zukunft vermieden werden. Reichsregierungen und Bundesregierungen sind also befreit gewesen, dem Gesetz eine völlig einwandfreie Durchführung zu sichern. Bei der Handhabung des Gesetzes sind Behördliche Eingriffe vorzuziehen. (Hört! hört! b. d. Soz.) Das ist doch nicht verwunderlich, da nur knapp 10 Tage zwischen der Veröffentlichung und dem Inkrafttreten lagen. (Sehr richtig! rechts.) Allerdings habe ich von den vorgebrachten Beschwerden den Eindruck, daß sie stark übertrieben sind. Beim Reichsamt des Innern sind im ganzen nur vier Beschwerden eingegangen. In nur einem Falle der im Gesetz vorgeschriebene Instanzenweg beschritten. Drei Beschwerden habe ich deshalb an die Landesregierungen abgegeben. In zwei Fällen haben sie Remedie geschaffen, in einem Falle ist die Beschwerde als unbegründet abgewiesen. Eine Beschwerde darüber, daß eine Bundesregierung sinnwidrige Handhabung des Gesetzes geduldet hätte, ist an mich nicht gelangt. Ich bin aber auch den in der Presse vorgebrachten Beschwerden von allgemeinem Interesse nachgegangen und habe gefunden, daß auch die Bundesregierungen überall Remedie schafften, wo das Gesetz den Instruktionen entgegen gehandhabt wurde. Selbstverständlich kann ich nicht auf jede Zeitungsnote hin, die eine Beschwerde über unrichtige Anwendung des Gesetzes enthält, an eine Bundesregierung schreiben. Meist hat auch weder die Landesregierung noch der Reichskanzler das Recht eingegriffen, sondern sehr viele Fälle unterliegen der Zuständigkeit der Gerichte, die in voller Souveränität zu entscheiden haben. Die Frage der Gewervereinsvereinsvereine wird ebenfalls durch gerichtliche Entscheidung entschieden werden. Die preussische Regierung hat in ihrer Instruktion jede unzulässige oder unnötige Einmischung in die Kämpfe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsgesetzes untersagt. (Hört! hört!) Wenn heute die Interpellation über die Handhabung des Vereinsgesetzes auf der Tagesordnung stünde, so könnte ich nur erklären, daß mir Verhöre gegen Sinn und Wortlaut des Vereinsgesetzes nicht bekannt sind. (Gelächter b. d. Soz.) Ich bin die Herren Interpellanten, mir schon jetzt die ihnen bekannten Fälle mitzuteilen, damit die Verantwortung der Interpellation nach Weihnachten sich zu einer fruchtbringenden gestaltet. (Verhörter wiederholter Beifall b. Soz.)

Staatssekretär im Reichspostamt Kraetke wendet sich gegen den Vorwurf des Abg. Frhr. von Camp, daß die Post nicht soviel genug wirtschaftet.

Schrader (SPd.): Offensichtlich nützt die Instruktion des preussischen Ministers, um eine vernünftige Handhabung des Vereinsgesetzes zu gewährleisten. In bezug auf die auswärtige Politik ist Zurückhaltung geboten. Offensichtlich werden die türkisch-österreichischen und die bulgarisch-türkischen Unklarheiten friedlich beigelegt, und hoffentlich bleibt auch das Spiel der Serben und Montenegro mit dem Feuer ein bloßes Spiel. Der Redner, der bei seiner leisen Stimme fast unverständlich ist, wendet sich dann dem Stat zu, von dem er wenig erbaud zu sein scheint. An den Staatssekretär Dernburg richtet er die Mahnung, da er ja Diamanten in Südwestafrika gefunden habe, sich wegen der Wahlchance nicht mit England zu verfeinden, eingendes des schönen Verjes:

„Du hast Diamanten und Perlen, hast alles, was Menschen Begehrt, Du hast auch die schönsten Augen, mein Liebchen was willst Du noch mehr.“

(Große Heiterkeit.)

Staatssekretär des Kolonialamts Dernburg: Die Verhandlungen der englischen Presse, ich hätte den Premierministern der Kapkolonie und von Transvaal Anerbietungen wegen Abtretung der Balforschat an Deutschland gemacht, sind vollständig erfunden. (Hört, hört!) Die Mitteilung ist nur ein dreifacher Bericht, zwischen England und Deutschland Zwietracht zu säen. (Lob. Aufl.)

Darauf verlag das Haus die Debatte auf Donnerstag 1 Uhr.

Schluß 1/2 Uhr.

Bahnkörper geraten. Abel ist von dem sie überholenden Zuge erfasst und getötet, Becker aber, bei dem Versuch, seinen Kameraden zu retten, ebenfalls tödlich verunglückt und nach kurzer Zeit seinen Verletzungen erliegen.

Ein Verbrechen? Die Frau des Fabrikarbeiters Stolberg und ihre 20jährige Schwester aus Wald bei Solingen, die in der vergangenen Woche im Auftrage einer Solinger Firma zum Verkauf von Stahlwaren nach Köln gefahren waren, sind bis jetzt noch nicht zurückgekehrt. Man vermutet, daß sie einem Verbrechen zum Opfer gefallen sind.

Das Vereinsgesetz in der sächsischen Praxis. In einer Versammlung, die in Ringelthal bei Mittweida stattfand, waren außer 2 überwachenden Beamten auch noch 2 Gendarmen erschienen. Die Versammlung wurde nicht abgehalten, da die Gendarmen sich weigerten, das Lokal zu verlassen. Auf eine Beschwerde hat die Amtshauptmannschaft Rochlitz erklärt, daß die Gendarmen nicht als überwachende Beamte, sondern als beaufsichtigende Sicherheitsorgane entsendet sind, und dies stehe mit dem § 14 des Vereinsgesetzes durchaus nicht im Widerspruch. Wegen dieses unglücklichen Bescheid ist Beschwerde eingelegt worden, denn nach der Auffassung der Amtshauptmannschaft Rochlitz könnte die Behörde Gendarmen und Schutzleute in beliebiger Anzahl in Versammlungen entsenden, nicht zum Zwecke der Überwachung, sondern zum Zweck einer höchst überflüssigen Beaufsichtigung.

Nationalliberale Prekoste. Der geistige Tiefstand der Nationalliberalen läßt sich trefflich durch Wiedergabe des Tageskalenders illustrieren, der am Kopfe der „National-Zeitung“ vom 7. Dezember prangt und schon dadurch belagen will, was einem Nationalliberalen von echtem Schrot und Korn als Wichtiges erscheinen soll:

Das Renesse vom Tage:
Das Kaiserpaar unternahm gestern einen Spaziergang. Das Befinden des Kaisers ist gut.

Generaldirektor Wiegand vom Norddeutschen Lloyd hat einen längeren Urlaub angetreten, da er leidend ist.

Frau v. Schönebeck, die Gattin des ermordeten Majors v. Schönebeck in Altem Stein wurde aus der Haft entlassen.

Der König von England leidet an Gelenkrheumatismus.

Sultan Mulau Hafid hat die Bedingungen der Signatarmächte angenommen.

Eine Verhaftung auf dem Kirchturn. Aus Rattowitz (Oberhavel) wird berichtet: Seit einigen Tagen bemerkte der Wacker in Jalenze allabendlich gegen 9 Uhr auf dem Kirchturne Licht. Einige beherzte Männer machten sich auf Anordnung des Pfarrers daran, den oder die verwegenen Eindringlinge zu erkräften. Als man auf dem Kirchturn angekommen war, bot sich den Suchenden ein eigenartiges Bild: In einer Ecke hockte, nur dürftig in Lumpen gekleidet, eine Menschengestalt, starrend vor Schmutz, vor Frost mit den Zähnen klappernd. Man übergab den Unbekannten der Polizei, die konstatierte, daß ein glücklicher Jüngling gemacht wurde. Der Verhaftete ist der 21jährige Zwangsverpflichtungsjüngling Florian Schubert aus Wobslau, dem die meisten der in den letzten Monaten in den Schulen des oberhavelischen Industriebezirks vorgekommenen Diebstahlsfälle zur Last gelegt werden. Einem Einbruch in Radzionlau, bei dem allein fünfzehn Geigen gestohlen wurden, ist er bereits überführt. Die Instrumente sind in Schopponitz und Myslowitz für Spottpreise veräußert worden. Schubert gestand ein, bereits vierzehn Tage auf dem Kirchturn genächtigt zu haben. Als Lager dienten ihm zwei Decken, die er aus den Bekleidungsgegenständen hatte. Die Mittel zum Lebensunterhalt lieferten die Opferstücke, die von dem Wurfchen mehrmals einer recht sorgfältigen Prüfung unterzogen wurden. Der Verhaftete behauptet, zwei Leidensgefährten aus der Wobslauer Anstalt als Komplizen gehabt zu haben. Warum mag wohl der junge Mensch aus der Anstalt entwichen sein?

Untergang eines österreichischen Torpedoboots. Schon seit einigen Tagen war in Pola das Gerücht verbreitet, daß das hochsee-Torpedoboot „Huszar“ gesunken sei. Wie man jetzt erfährt, ist der „Huszar“ vorige Woche von Pola nach Tsado (Dalmatien) abgedampft und auf eine Sandbank in der Nähe von Oravosa bei Ragusa aufgelaufen. Das Unglück ereignete sich bei Nacht, als der „Huszar“ mit 25 Knoten Geschwindigkeit bei sehr dichtem Nebel fuhr. Bei Eintritt der Flut kam der „Huszar“ los; er schwamm jedoch nur wenige Augenblicke, denn er hatte ein großes Leck erhalten und sank bald darauf. Nur die Masten ragten aus den Fluten empor. Die Besatzung konnte sich nur mit Mühe retten. Mehrere Kriegsmarinemaschinen bemühten sich um die Bergung des „Huszar“.

Eine raffinierte Schwindlerin. hat in der letzten Zeit verschiedene Mitglieder der französischen Deputiertenkammer um größere Summen geprellt. Aus Paris wird darüber berichtet: Die Qualität der französischen Kammer warnt die Deputierten vor einer Schwindlerin von ungewöhnlicher Fingigkeit. Diese, eine etwa 40jährige Frau, studiert den Wahlkreis des Deputierten, auf den sie es gerade abgesehen hat, bis in die entlegensten Winkel. Mit zahlreichen Dokumenten erscheint sie dann bei ihrem Opfer und weiß durch überaus geschickte Ausnutzung der im Wahlkreis gesammelten Erfahrung dem betreffenden Volksvertreter — sie sucht nur die wohlhabendsten auf — unter allen möglichen Vorwänden erhebliche Summen zu entlocken. Bei vier Deputierten erschwindelte sie insgesamt 10 000 Fr.

Die versteinerten Kronjuwelen. Es sind jetzt 14 Monate vergangen, seit der heute abgestorbene Sultan von Marokko, Abdul Aziz, in seinen Geldverlegenheiten die kostbaren Kronschätze und seine Juwelen in Paris im „Mont-de-Piété“ verpfändete. Der Sultan hatte sich erst an die Bankengewandt, war von ihnen aber an das Leihhaus verwiesen worden, die nach sorgfältiger Abschätzung die kostbaren Juwelen mit 1 250 000 Frs. beliehen. Als Zinsfuß wurde die gewöhnliche Lage von 7 Proz. festgesetzt plus 1 Proz. Gebühren für die fachverständige Abschätzung. Der Vertrag lief auf ein Jahr und konnte nur durch die Zahlung der Zinsen erneuert werden. Der Gang der Ereignisse hat die ordnungsmäßige Abwicklung der Transaktion unterbrochen und heute steht die Verwaltung des Pariser Leihhauses vor der Frage, ob sie nach der überschrittenen Frist nunmehr zu der Versteigerung der kostbaren Juwelen schreiten soll. Die Kenner der Juwelen interessieren sich lebhaft dafür, und falls es zum öffentlichen Verkauf kommt, wird die Pfandhausverwaltung voraussichtlich ein glänzendes Geschäft mit den marokkanischen Kronschätzen machen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schwarzb. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Samtlich in Lübeck.